

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimetergelle 40 Pf. Plabvorkosten ausgeschlossen. ♦ Postkassen-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Gildale Bochum, Viktorstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

An der Schwelle eines neuen Jahres.

Eins ist gewiß: In der Geschichte wird das verfloßene Jahr als ganz außergewöhnlicher Zeitabschnitt fortleben. Wirtschaftshistoriker werden dieses Jahr als eine Zeit größter Wirtschaftsnot bezeichnen. Sie werden es in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte als einzigartig finden, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem allein in den Industriestaaten mehr als dreißig Millionen Menschen zur völligen Arbeitslosigkeit und mindestens ebensoviel zur Kurzarbeit verdammt. Alle Vergleiche mit früheren Notzeiten und Elendsperioden werden hinter dem Wirtschaftselend unserer Zeit verblaffen.

Die politischen Geschichtsschreiber aber werden das Jahr 1932 als eine Zeit der Gegenrevolution charakterisieren, als eine Zeit, in der besonders in Deutschland die politische Unvernunft und damit die Reaktion und der Klassenkampf von oben triumphierten. Man wird feststellen, daß, wie bei so vielen Revolutionen, auch der deutschen Staatsumwälzung im Jahre 1918 vierzehn Jahre später eine Reaktionsperiode folgte, in der das politische Pendel stärkstens nach rechts tendierte und dank einer beispiellosen politischen Verwirrung der Wähler eine volksfeindliche Herrenherrschaft die demokratischen Volksrechte völlig zu vernichten drohte.

Der sozialpolitische Chronist wird registrieren, daß das Jahr 1932 im Zeichen einer verhängnisvollen Sozialreaktion stand, in dem die in der Krisenzeit ans politische Ruder gekommenen neuen Machthaber rücksichtslos die sozialen Errungenschaften schmälerten, die sich die organisierte Arbeiterschaft in jahrelangen Kämpfen erkämpft hatte. Und wenn der sozialpolitische Chronist den Dingen auf den Grund geht, wird er nicht verschweigen können, daß in einer Zeit Deutschlands tiefster und schwerster Not gerade die nationalen Herrenreiter, die am stärksten eine Volksgemeinschaft predigten, ihre Regierungsaufgabe darin sahen, den Besitz weitgehend zu schonen, dafür aber um so mehr die Krisenlasten auf die unteren und ärmsten Volksschichten abzuwälzen.

Der gewerkschaftspolitische Historiker wird demzufolge mit Ingrimm und gerechtem Zorn feststellen, daß auch die organisierte Arbeiterschaft unter dem Druck der furchtbaren Krise und der erstarrten Reaktion eroberte Stellungen preisgeben mußte. Andererseits aber kann er die erfreuliche Tatsache buchen, daß die kapitalistische Offensive zur völligen Verschlagung der Arbeiterrechte und Arbeiterorganisationen mißglückte, daß trotz mancherlei Rückschläge im großen und ganzen die Frontstellung gehalten werden konnte. Ja, man wird mit gutem Recht und nicht ohne Achtung feststellen, daß im Zeichen einer wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe die Gewerkschaftsfront so gut wie unerschüttert blieb und alle dunklen Pläne der Reaktion an dem zähen und unbeugbaren Organisationswillen der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft scheiterten. Daß auf Grund dieser Gewerkschaftstreue die gewerkschaftlichen Grundrechte, die kollektiven Arbeiterrechte über den Krisenstrudel im vergangenen Jahre hinweg gerettet werden konnten, ist ein Erfolg, der erst später sichtbar und in seiner vollen Bedeutung spürbar werden wird.

Als wichtiges Ereignis in dem Krisenjahr 1932 wird man im Zusammenhang damit konstatieren, daß trotz der fünf Wahlkämpfe die Eisene Front den Siegeszug des Faschismus, Bürgerkrieg und Hitlerdiktatur verhinderte. Das Jahr 1932 sollte nach dem Ausspruch von Dr. Goebbels „das Jahr der Entscheidung“ sein. Und wirklich: die nationalsozialistische Prophezie hat sich bestätigt — die faschistischen Herrschaftsgedanken nach italienischem Muster sind ausgeträumt! Trotz der parteipolitischen Zerrissenheit der Arbeiterschaft konnten die politischen demokratischen Grundrechte erfolgreich verteidigt und die arbeitserfreundlichen Verfassungskonzepte vereitelt werden. Keine geringe Zahl von freigewerkschaftlichen und sozialistischen Kämpfern mußte allerdings diesen Erfolg mit ihrem Leben bezahlen. Hunderte von republikanischen Freiheitskämpfern mußten ins Gefängnis und ins Zuchthaus wandern, ganz abgesehen von den zahllosen täglichen Opfern, die von dem großen Heer der Mittreiter in jedem Orte gebracht wurden. Ihnen, den Opfern und Opfernden des sozialen Befreiungskampfes sei auch an dieser Stelle ehrend gedacht, wenngleich ihre Taten im Geschichtsbuch der deutschen Arbeiterbewegung ein unvergängliches Fanal bilden werden.

Nach alledem kann die Jahresbilanz für uns Bergarbeiter nicht günstig ausfallen. Stand doch schon die Eröffnungsbilanz zu Jahresanfang im Zeichen stärkster Ungunst. Obwohl schon im Vorjahr infolge Lohnabbaus und riesenhafter Feierschichten das Bergarbeiterereinkommen erheblich geschmälert worden war, eröffnete man das vergangene Jahr mit einem Lohnabbaudiktat, das die Bergarbeiterlöhne in den meisten Revieren auf den Stand von 1925 herabdrückte. Diese Lohnsenkung auf Grund der Notverordnung war aber nur mit einer ungenügenden Preisentfaltung verbunden. So stand beispielsweise der Lebenshaltungsindex im Dezember 1931 auf 130,4, einen Monat später, im Januar, auf 124,5 und ging erst im Oktober auf 119 Punkte zurück. Trotz dieses Rückgangs ist die Lohnsenkung durch einen entsprechenden Preisabbau bis heute noch nicht voll ausgeglichen.

Diese Schmälerung der Kaufkraft, die man nicht nur im Bergbau, sondern allgemein mit Hilfe der Regierung vornahm, hat sich bis jetzt bitter gerächt. Der wirtschaftliche Schrumpfungsprözeß wurde nicht, wie die Befürworter der allgemeinen Lohnsenkung es in Aussicht stellten, aufgehalten, sondern dauerte an. In welchem Ausmaße der wirtschaftliche Niedergang im allgemeinen anhielt, geht aus der Entwicklung des industriellen Produktionsindex hervor. Dieser lag im September des Vorjahres 33 Prozent unter dem Stande von 1928. Im September dieses Jahres war er dagegen 46 Prozent niedriger als 1928. Infolge dieses weiteren wirtschaftlichen Abstiegs mußte auch die Produktion im Bergbau weiter zurückgehen. Nach den bisher vorliegenden Ziffern sank die deutsche Steinkohlenproduktion gegenüber dem Vorjahre (Januar bis einschließlich Oktober) um 14,8 Prozent und die Braunkohlenförderung um 10 Prozent.

Dieser Rückschlag in der Kohlenförderung blieb natürlich nicht ohne nachteilige Wirkungen auf den bergbaulichen Beschäftigungsgrad. Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter ging in

Die besten Glückwünsche

zu einem erfolgreichen Schaffen im Jahre 1933 entbieten allen Mitgliedern, Funktionären u. Mitarbeitern
Der Vorstand Die Redaktion

fast allen Revieren weiter zurück und erreichte einen erschreckenden Tiefstand. Die Feierschichten wurden im Vergleich zum Vorjahr nicht geringer, sondern vermehrten sich noch, wie auch aus den Bezirksberichten, die wir an anderer Stelle dieser Zeitung veröffentlichen, näher hervorgeht.

Mit dem Sinken des Beschäftigungsgrades wurde auch das Einkommen der Bergarbeiter weiter geschmälert. Vielfach mußten die Bergarbeiter mit einem Monatslohn nach Hause gehen, der sich von den kümmerlichen Unterstützungssätzen für Erwerbslose kaum unterschied. Um so verhängnisvoller ist deshalb die lohnpolitische Haltung der Bergbauunternehmer im vergangenen Jahre zu bewerten. Bereits im Mai kündigte der Zechenverband des Ruhrgebiets den Lohnarif und forderte einen weiteren Lohnabbau von 12 Prozent. Als dieser Verschlechterungsversuch an dem Widerstand der Bergarbeiterorganisationen scheiterte, wiederholten die Unternehmer zum 1. Oktober erneut diesen Vorstoß, indem sie wiederum einen Lohnabbau von 12 Prozent verlangten. Auch in diesem Falle gelang es den Bergarbeitergewerkschaften, die geplante Lohnsenkung abzuwehren. Hätten die Ruhrunternehmer mit diesen Versuchen Erfolg gehabt, dann wäre dies Vorgehen erfahrungsgemäß auch für die übrigen Reviere ein Auftakt zu neuen Lohnsenkungen geworden. Diese Verschlechterungen verhindern und der Tariflöhne gehalten zu haben, ist ein wichtiges Aktium unserer Verbandsarbeit im vergangenen Jahre.

Nachdem die lohnpolitischen Verschlechterungsversuche auf tariflichem Wege scheiterten, sah sich die Papen-Regierung von Hitlers Gnaden Anfang September veranlaßt, durch die bekannt-

ten Notverordnungen den Unternehmern bei der Durchsicherung der Lohnarife behilflich zu sein. Der gewerkschaftliche Kampf, der daraufhin gegen die tarif- und verfassungswidrigen Bestimmungen einsetzte, veranlaßte den neuen Reichskanzler von Schleicher, diese Bestimmungen aufzuheben, so daß gegen Jahresende die gesetzlichen Handhaben zur Durchsicherung des Tarifwesens nunmehr beseitigt sind und das Tarifrecht wiederhergestellt ist. Mit Zug und Recht kann daher festgestellt werden, daß nur auf Grund der gewerkschaftlichen Widerstandskraft die Bergarbeiter vor einem weiteren Lohnabbau und einem noch tieferen Absinken in Not und Elend bewahrt wurden.

Auf dem Gebiete der Arbeitszeitpolitik versuchte unser Verband durch wiederholte Vorstöße auf tariflichem und gesetzlichem Wege, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit und eine gerechtere Verteilung des vorhandenen Arbeitsquantums zu erreichen. Von einzelnen Zülen abgesehen, blieb diesen Bemühungen leider ein größerer Erfolg ver sagt, da sowohl die Unternehmer wie auch die Regierungen ein Entgegenkommen hierbei ablehnten. Dieses ablehnende Verhalten ist um so unverständlich, weil infolge der Massenentlassungen die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter im Berichtsjahr nicht geringer wurde und, auf längere Sicht gesehen, zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit im Bergbau eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu umgehen ist.

An der Schwelle eines neuen Jahres sollten wir aber nicht nur rückwärts schauen, die durchlebte Notzeit, unsere Kämpfe, Niederlagen und Erfolge reue passieren lassen, sondern auch einen prüfenden Blick auf das Kommende werfen. Steht doch vor allen die Frage: „Wird mit diesem Krisenjahr auch die Notzeit zu Ende sein?“ Wer möchte diese Frage freudig bejahen, obwohl einige wirtschaftliche Besserungssymptome in den letzten Wochen neue Hoffnungen erweckten und das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten Bericht glaubt feststellen zu können, daß die Periode krisenhafter Wirtschaftsschrumpfung abgeschlossen sei. Selbst wenn dies zuträfe, wäre es verkehrt, in absehbarer Zeit einen rapiden Wirtschaftsaufstieg zu erwarten, weil die handels- und marktpolitischen Voraussetzungen dazu fehlen. Wir sind daher der Meinung, daß im neuen Jahre die wirtschaftliche Entwicklung darüber entscheiden wird, ob ein Krisenausweg ohne sozialistische Lösungen überhaupt möglich ist. Die wirtschaftspolitischen Wechsel, die Reichskanzler von Papen dem deutschen Volke durch das System der Steuergutscheine für die Privatwirtschaft ausgestellt hat, müssen in diesem Jahre eingelöst werden. Geschieht das nicht, dann gibt es nach den Prophezeiungen des Herrn von Papen einen neuen Lösungsversuch auf privatkapitalistischer Grundlage nicht mehr, dann werden „die sozialen Kräfte die Oberhand gewinnen“. Darauf stellen wir uns ein und nur so erhalten die Kämpfe, die wir als freigeorganisierte Gewerkschafter im letzten Jahre trotz aller Widerwärtigkeiten führten, ihren letzten höchsten Sinn. Der schwerumkämpfte und vielgehaßte Vorkämpfer der Arbeiterklasse, Karl Marx, hat schon vor Jahrzehnten die ewig gültige Mahnung ausgesprochen:

„Drum laßt uns alles wagen, nimmer rasten, nimmer ruh'n; nur nicht dumpf, so gar nichts sagen und so gar nicht woll'n und tun. Nur nicht brütend hingegangen ängstlich in dem niedern Joch; denn das Sehnen und Verlangen und die Tat, sie blieb uns doch!“

Laßt uns diesen Worten gemäß neuen Ufern mutig zustreben. In diesem Sinne unseren Freunden und Mitstreitern ein

Glückauf zum neuen Jahr!

Ein bewegtes Kampfsjahr. Jahresrückblick im Ruhrgebiet.

Der anhaltende wirtschaftliche Niedergang im Berichtsjahre brachte es mit sich, daß die Unternehmer über die naturbedingten Verschlechterungen hinaus noch weitere reaktionäre Vorstöße unternahmen. So entstanden gleich bei Ablauf des Urlaubsjahres, Ende März, Meinungsverschiedenheiten über die Dauer des Urlaubs. Durch Schiedspruch vom 6. Mai 1931 war diese gekürzt und weiter bestimmt worden, daß über die nächstjährige Urlaubsdauer auch vor Ablauf des Manteltarifs verhandelt werden dürfe. Diesen Umstand machten sich die Unternehmer zunutze und verlangten Verhandlungen über Neuregelung der Urlaubsdauer. Dabei forderte der Zechenverband die Herabsetzung der Urlaubsdauer auf die Hälfte. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten dies selbstverständlich ab, so daß diese Frage zunächst ungeklärt blieb.

Hinsichtlich der Lohnhöhe machte der Zechenverband zweimal einen Vorstoß und forderte jedesmal eine Herabsetzung der Tariflöhne um 12 Prozent. Weder bei den Verhandlungen im Mai noch im September hatte der Zechenverband bei seinen Bestrebungen, die Löhne herabzusetzen, Erfolg. Bei der Anhörung der Parteien hinsichtlich der Frage der Verbindlichkeitserklärung in Berlin im Reichsarbeitsministerium wurde jedesmal zwischen den Parteien eine Vereinbarung getroffen, in der die in den Schiedsprüchen getroffene Regelung anerkannt wurde.

Auch hinsichtlich des Manteltarifs setzten Verschlechterungsbestrebungen des Zechenverbandes ein. Er kündigte denselben zum 31. Mai 1932. In den daraufhin folgenden Verhandlungen machte er eine Reihe von Abänderungsvorschlägen, die ebenfalls in Richtung „Auslöschung des Tarifvertrages“ lagen. Da infolgedessen über die Abänderung des Manteltarifs verhandelt werden mußte, machten die Bergarbeiterverbände eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen. Eine Einigung bei den Parteienverhandlungen war jedoch nicht zu erzielen. In den darauffolgenden Schlichtungsverhandlungen am 19. und 30. Mai wurde schließlich ein Schiedspruch gefällt. Dieser bestimmte, daß im Urlaubsjahr 1932 nur 70 Prozent der Urlaubsvergütung gezahlt zu werden brauchen. Der Schiedspruch wurde von den Bergarbeiterverbänden abgelehnt, der Zechenverband hatte die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Bezüglich des Lohnschiedspruches war es ungefehrt. Da die Neuregelung des Manteltarifs vom 1. Juni 1932 ab galt, entstand zwischen den Parteien ein Streit darüber, welche Urlaubsdauer für die Monate April und Mai in Frage käme. Hierbei vertrat der Zechenverband den Standpunkt, daß die ab 1. Juni geltende Regelung auch für April und Mai in Betracht käme, während die Gewerkschaftsvertreter auf dem Standpunkt standen, daß, soweit für die Monate April und Mai der volle Urlaub gewährt worden sei, dieser zu Recht bestände. Die Streitigkeit wurde durch Leistung-

1933

Klage an den Arbeitsgerichten ausgetragen. Die Landesarbeitsgerichte Dortmund, Essen und Duisburg haben gegen den Zechenverband entschieden. Nunmehr muß das Reichsarbeitsgericht ebenfalls Stellung dazu nehmen, da der Zechenverband auf eine höchstgerichtliche Entscheidung drängt.

Zum bisherigen Mehrarbeitsabkommen, in dem die über die manteltariflich festgelegte Arbeitszeit hinausgehende Arbeitszeit geregelt war, sei bemerkt, daß dieses Sonderabkommen als solches bei den im September d. J. geführten Verhandlungen aufgehoben wurde. Durch diese Hebernahme der bisherigen Mehrarbeit im Manteltarif hat der Schlichter einem lange gehegten Wunsch des Zechenverbandes Rechnung getragen. Bei den Parteiverhandlungen am 9. September 1932 forderten die Gewerkschaftsvertreter als Arbeitszeit für die Untertagearbeiter 6 1/2 Stunden und für die Tagesarbeiter 8 Stunden und 40 Minuten. Eventuell sollten als Wochenarbeitszeit 40 Stunden festgelegt werden. Bei den am 24. September stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen wurde ein Schiedspruch gefällt, nach dem das bisherige Mehrarbeitsabkommen, wie schon erwähnt, in den Manteltarif aufgenommen wurde. Die Stellungnahme der Parteien war hier umgekehrt wie bei dem im September gefällten Schiedspruch. Die Gewerkschaften lehnten ab, während der Zechenverband zustimmte.

Die Zahl der Beschäftigten betrug einschließlich der Arbeiter in Nebenbetrieben im Januar 220 000, Mai 201 000 und im November 205 000. Nach Zeitungsangaben sollen auf Grund der Anfang September erlassenen Reichsverordnungen etwa 8000 Leute neu eingestellt worden sein. Im Laufe des Jahres wurden fünf Schachtanlagen stillgelegt.

Der Schichtförderanteil der bergmännischen Belegschaft, d. h. ausschließlich Nebenbetriebe, ist gegenüber Januar mit 157 Kg. um etwa 100 Kg. auf 1646 Kg. im September gestiegen.

Ueber die Arbeitslosigkeit unter der Ruhrbergarbeiterchaft geben die Ziffern des Landesarbeitsamtes Westfalen und Rheinland Auskunft. Danach betrug die Gesamtzahl der arbeitslosen Bergarbeiter Ende November 118 077.

Ueber die in diesem Jahre getätigten Betriebsratswahlen ist folgendes zu sagen:

Die in früheren Jahren allgemein getätigten Betriebsratswahlen wurden für 1932 durch Notverordnung verschoben. Auf einer Anzahl Schachtanlagen traten daraufhin die Mitglieder der kommunistischen Betriebsratsliste zurück, um so, dem Befehl ihrer Parteileitung folgend, Betriebsratsneuwahlen zu erzwingen. Auf anderen Schachtanlagen wurden infolge Abbaues und Entlassung von Betriebsratsmitgliedern eine Neuwahl notwendig. Das Ergebnis der Wahlen weist einen ganz erheblichen Verlust kommunistischer Stimmen auf. Auf 20 Schachtanlagen, wo Betriebsratsneuwahlen stattfanden, erhielten an Stimmen:

Freie Gewerkschaften	1932	1931
Christl. Gewerksverein	6 893	9 094
RKD.	5 699	7 503
Gelbe	8 233	12 724
Nazis	1 026	1 620
Hirsch-Dundericher Gewerksverein	1 200	770
Syndikalistin	—	216
Stahlheimert	—	156
	188	

Im Ruhrgebiet sind 179 Schachtanlagen im Betrieb. Der Belegschaftsabbau, der Anfang des Jahres 1932 sich ganz besonders auswirkte, läßt einen vollkommenen Vergleich gegenüber dem Jahre 1931 nicht zu. Aber dennoch ist festzustellen, daß bei dem größten Teil der Schachtanlagen, wo Betriebsratsneuwahlen stattgefunden haben, die SPD 50 und mehr Prozent Stimmen gegenüber 1931 einbüßte, während die freien Gewerkschaften trotz Belegschaftsrückgang einen nicht unerheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten. Am erheblichsten ist der kommunistische Stimmenrückgang auf der Zeche de Wendel. Gerade hier in ihrer Hochburg hatten die Kommunisten bei der letzten Wahl, die am 16. Dezember 1932 stattfand, weder Unkosten noch Arbeit gescheut. Flugblätter, die von lauter Dreck strotzten, Sprechsäure, hunderte von Exemplaren des „Roten Kämpfers“ haben es nicht vermocht, den Stimmenrückgang aufzuhalten. Die Nationalsozialisten haben trotz der regen Propaganda, die sie gegen die freien Gewerkschaften entfalteten, einen

Zwar hatten wir im alten Jahr die schwersten Kämpfe zu bestehen, zwar mußten wir in der Gefahr manchmal zurück in Deckung gehen — jedoch: wir hielten tapfer stand dem Angriff aller Finsterlinge, die alte Treue zum Verband war wieder unsre schärfste Klinge.

Wir wissen: auch das neue Jahr wird uns verstärkte Drangsal bringen, doch wieder wird es offenbar: Uns kann kein Gegner niederringen! Uns zwingt kein Nero der Gewalt, denn nichts vermag uns auszuschalten, vor unsrer Festung macht er Halt, wenn einig wir zusammenhalten.

Es gärt und grollt wie im Vulkan, es brodelt wie im Hexenkessel. Die Welt der Arbeit scheidet sich an, zu sprengen jede alte Fessel. Am goldenen Götzen nagt die Zeit, die Säulen seiner Tempel wanken. Den Hammer her! Die Tat befreit! Wir schlagen zu wie Tigerpranken!

Drum ist es unsre erste Pflicht, Bekenner dem Verband zu werden, denn als Tribun am Weltgericht will er uns Glück und Recht vererben. Umbrandet uns das neue Jahr mit Ungewittern und Orkanen, dann scharen, zum Gefechte klar, wir uns um unsre Siegesfahnen!

Victor Kalinowski.

nennenswerten Einfluß innerhalb der Ruhrbergarbeiterchaft nicht bekommen. Alles in allem zeigt die Neuwahl auf den einzelnen Schachtanlagen ein Anwachsen der Stimmenzahl für die freien Gewerkschaften.

Ueber den materiellen Erfolg durch die vom Verband geförderten Klagen innerhalb des Ruhrbezirks geben folgende Zahlen Auskunft:

Es wurden erstritten:	
im 1. Quartal	70 067,31 M.
im 2. Quartal	78 166,29 M.
im 3. Quartal	66 330,55 M.

Die Zusammenstellung für das 4. Quartal ist noch nicht abgeschlossen, doch kann man mit dem ziemlich gleichen Quartalsbetrage rechnen.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, daß auch das Berichtsjahr im Zeichen ständiger rarifischer Auseinandersetzungen stand. Erfreulicherweise konnten die lohnpolitischen Verschlechterungsversuche ganz, die übrigen Vorstöße zum größten Teil abgewehrt werden. Die 1500 Neuaufnahmen in unserem Verband am Jahresende zeigen, daß der gewerkschaftliche Kampfeswille der Ruhrbergarbeiter nicht nur unerschütterlich, sondern im Wachsen begriffen ist. Mit dem Wachstum des Organisationswillens wächst aber auch die Aussicht, daß wir die Rückschläge bald ausmerzen und neue Fortschritte erkämpfen werden.

Die Saarbergarbeiter im Jahre 1932.

Mit Ende des Jahres 1932 liegt das dreizehnte Jahr der Regierung des Völkerbundes hinter uns. Dreizehn Jahre politischer und wirtschaftlicher Abtrennung vom Reich! Noch zwei Jahre trennen die Saarbevölkerung von der im Versailler Vertrag festgelegten Wiedervereinigung mit Deutschland.

Die Wirtschaftskrise hat der gesamten Saarmwirtschaft auch im Jahre 1932 eine Verschärfung gebracht. Während Ende 1929 noch 179 300 Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren, betrug ihre Zahl Ende 1931 nur noch 142 000 und wird Ende 1932 etwa 136 500 betragen. Infolgedessen schwoll die Zahl der Arbeitslosen gewaltig an. Ende 1929 betrug die Arbeitslosenziffer 11 300 oder 6,3 Prozent der Beschäftigten, Ende November 1932 betrug das Arbeitslosenheer 41 962 oder 30 Prozent der Beschäftigten! Die wirkliche Arbeitslosenziffer kann nach um 10 000 höher beziffert werden, da durch die Arbeitslosen „fürsorge“ der Saarge Regierung etwa 10 000 Arbeiter von der Unterstützung ausgeschlossen sind.

Der Abbau der Saargruben hat sich im Jahre 1932 weiter verschärft. Während die Förderung im Jahre 1929 bei 300,16 Arbeitstagen 13,5 Mill. T. betrug, erreichte dieselbe bei 248,93 Arbeitstagen in 1931 eine Tonnanzahl von 11,3 Mill.; dagegen ist in 1932 nur eine Förderung von 10 Mill. T. aufzuweisen bei etwa 225 Arbeitstagen. Die Saarbergarbeiter haben in der Spitze annähernd 100 Tage und im Durchschnitt drei volle Arbeitsmonate infolge Feiertagshilfen nicht gearbeitet!

Die französische Generaldirektion hat im Laufe des Jahres vier Schachtanlagen stillgelegt, welche sie für „unrentabel“ erklärte, trotzdem die Kohlenvorräte dieser Schachtanlagen noch auf Jahrzehnte ausreichen.

Die Belegschaftsziffer der Saargruben, welche 1913 56 800 Arbeiter betrug, fiel 1924 auf 74 000 steigerte, beträgt Ende 1932 noch 46 290. Sie liegt bereits um mehr als 10 000 unter dem Stand der Vorkriegszeit. Durch den Ausfall der Schichten hat die Saarbergerschaft 30 Prozent ihres Einkommens verloren. Trotzdem hatte die Grubenverwaltung zum 1. Oktober den Lohn-tarif gekündigt mit dem Ziel, die bereits stark ermäßigten Löhne durch Feiertagshilfen um weitere 12 bis 15 Prozent abzubauen. Es gelang den Tariforganisationen, diesen Lohnabbau durch Verhandlungen in Paris abzuwehren. Durch Entschädigung des Ministers für öffentliche Arbeiten wurden die bisherigen Tariflöhne bis auf weiteres in Kraft gesetzt.

Die Saarbergarbeiter hatten besonders unter der Agitation der Grubenverwaltungen und einzelner Beamten für die französische Schule und für die sogenannten Saarbundsvereinigungen zu leiden.

Sozialreaktion.

In sozialer Hinsicht hat die Völkerbundregierung alle Verschlechterungen, wie sie durch die Notverordnung der deutschen Regierung eingeführt wurden, getreulich nachgeahmt. Die Bezüge der Arbeitslosen wurden ab 1. April gekürzt. Ab 1. Sept. wurden für die Lohnsteuerpflichtigen die Werbungszulage und Sozialabzüge vermindert. Die Papenische Notverordnung vom Juni wurde ab 1. August für die Invalidenrenten mit 5 M. (30 Fr.) Abbau eingeführt. Die Gewerkschaften konnten den Abzug um einen Monat zugunsten der Versicherten abwehren und ihn um 1 M. günstiger gestalten. Dabei ist festzustellen, daß die Sozialversicherung im Saargebiet in den Leistungen der Unfall-, Knappschäfts- und Krankenerkrankung zugunsten der Versicherten von denjenigen des Deutschen Reichs in mancher Hinsicht abweicht. In der Knappschäftskrankenkasse konnte der Verband die Beiträge der Arbeitgeber auf Verminderung des Hausgeldes abwehren; ebenfalls zum Teil einen Antrag, welcher die Knappschäftspensionen vermindern wollte.

Bedauerliche Rechtschänderfolge.

Auch im Jahre 1932 hat sich trotz der verminderten Belegschaftsziffer die Zahl der Rechtschänder vermehrt. Die zahlreich vermehrten Knappschäftsinvaliden und die Arbeitslosen kämpfen um ihre sozialen Rechte. Die erkämpften materiellen Erfolge für unsere Mitglieder gehen in die Hunderttausende. Einzelne materielle Erfolge seien nachstehend erwähnt:

Der Pensionär Nikolaus Vessel aus Bous verunglückte 1928 beim Roggenabfahren vom Bahnhof tödlich. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Hinterbliebenenrente ab, da Betriebsunfall nicht vorlag. Es gelang dem Verband, eine monatliche Rente von 400 Fr. mit einer Nachzahlung von 19 696,50 Fr. für die Hinterbliebenen zu erkämpfen.

Kamerad Georg Weich aus Neunkirchen verunglückte 1928 auf Grube Dechen. Die Unfallfolgen waren epileptische Anfälle. Die Berufsgenossenschaft lehnte Unfallfolgen ab. Der Verband erkämpfte eine monatliche Unfallrente von 506,40 Fr. und eine Nachzahlung von 15 462,90 Fr.

Kamerad Peter Grevnich aus St. Ingbert erkämpfte durch uns seine Unfallrente. Erfolg: 70 Proz. erwerbsbefähigt und eine Nachzahlung von 1272,60 Fr.

Für nachstehende Bergarbeiter gelang es, die Invalidenrente zu erstreiten, und zwar: Johann Eisler (Bosen), eine monatliche Rente von 72,85 M. und eine Nachzahlung von 1460 M.; Franz Giral (Mientessell) eine monatliche Rente von 309 Fr. und eine Nachzahlung von 7441,30 Fr.; Jakob Georg (Oßen-

hausen) eine monatliche Rente von 439,20 Fr. und eine Nachzahlung von 7032,70 Fr.

Auch unsere Klagen auf Schadenersatz hatten einen nennenswerten Erfolg. So konnten dem Kameraden Lubwila Blinn aus Eisersberg für den Unfall eines Kindes 4000 Fr., dem Kameraden Heinrich Jungfleisch aus Buchenschaden infolge Verlustes eines Auges von einer Privatversicherung 2400 Fr. in einer Arbeitsstreitfache des Kameraden Bet. Paulus (Saarbrücken) 746 Fr. und für den Kameraden Wendel Gertun (Saarbrücken II) 418,40 Fr. erstritten werden.

Unser Verband stand in der Abwehr der durch die wirtschaftliche Krise verursachten Pläne der Regierung und der Arbeitgeber. Auf allen von den Gewerkschaften bearbeitenden Gebieten, sei es in der Lohnfrage, in Fragen des Arbeitsrechts, der Sozialversicherung und des Rechtsschutzes, hat derselbe die Interessen der Saarbergarbeiter und darüber hinaus die der gesamten Saararbeiterschaft zum Teil mit gutem Erfolg verteidigt.

Unterstützungen des Verbandes.

Der Verbandsbezirk Saarbrücken war weiter für die Mitglieder auf Grund der Verbandsklage ein Helfer in der Not. Während der Bezirk Saarbrücken im Jahre 1931 für Krankheit, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einen Betrag von 1 946 230,50 Fr. auszahlte, hat diese tatungsgemäße Unterstützung bis Ende Oktober 1932 für das laufende Jahr bereits die Summe von 2 548 635,25 Fr. erreicht. Mit diesen in die Millionen gehenden Mitteln hat der Verband bei tausenden Bergarbeitern zur Linderung der Not beigetragen.

Die gegnerischen Verbände, besonders die auch im Saargebiet unseren Verband bekämpfende R.D., konnten mit ihrer Tätigkeit dieser Verbandsarbeit nichts entgegensetzen. Die einzige Arbeit dieser Gruppen besteht in der Zersplitterung der Gewerkschaften; ebenfalls machen dies die im Dienste des französischen Kapitals stehenden Saarbundsgruppen, welche, ihrem Auftrag gemäß, für eine Autonomie des Saargebietes einzutreten haben.

Die gewerkschaftliche Schulung unserer Mitglieder und Funktionäre hat sich auch im Jahre 1932 im Abwehrkampf unserer Gegner bewährt, in dem dieselben gegen den Radikalismus von links und rechts ihren Mann gestanden haben.

Die kommenden Jahre, die für das Schicksal des Saargebietes sowie die Arbeitsstelle der Bergarbeiter von Entscheidung sind, werden unseren Verband auf dem Posten finden. Was unsere Bewegung im Saargebiet auch für die kommenden Jahre benötigt, das ist die Einheit und Geschlossenheit der Bergarbeiter im Kampfe um ihre Freiheit!

Die Wirtschaftskrise im Bezirk Zeitz. Erfolgreiche Arbeit des Verbandes.

Die Belegschaftsziffer im Bezirk Zeitz, die im Jahre 1928 noch rund 15 000 Mann betrug, ist bis zum Jahre 1932 auf rund 10 000 zurückgegangen. Am deutlichsten zeigt sich die Krise an den Unterstützungsleistungen, die vom Bezirk aus an die Mitglieder gezahlt wurden. An Arbeitslosenunterstützung erforderte das Jahr 1928 den Betrag von 53 474,03 M. Feiertagshilfen gab es 1928 überhaupt nicht. Demgegenüber sind im Krisenjahr 1932, bei einer Belegschaftsverminderung um ein Drittel, an Unterstützung an die Vollerwerbslosen der Betrag von 112 342,72 M. und an die Kurzarbeiter 59 254,83 M. zur Auszahlung gelangt. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Verband auch in der Krisenzeit eine starke Stütze für seine Mitglieder ist.

Noch katastrophaler wirkte sich der Belegschaftsabbau in der Schieferindustrie aus. Dieser kleine Industriezweig, der in den Hochkonjunkturjahren bis zum Jahre 1928 rund 2200 Mann beschäftigte, war im Krisenjahr 1932 nicht in der Lage, auch nur 50 Prozent der früheren Zahl Arbeit und Brot zu geben. Knapp 1000 Arbeiter wurden in die Betriebe aufgenommen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der überwiegende Teil erst im späten Frühjahr in die Betriebe gekommen, mit Ablauf des Monats November auch schon wieder entlassen wurde. Daneben mußte sich auch noch ein wesentlicher Teil der Beschäftigten mit Kurzarbeit begnügen. Die Wirtschaftskrise wirkt sich für diese kleine Berufsgruppe um so größer aus, weil ihre Möglichkeit, in anderen Berufen auch nur vorübergehend Arbeit zu finden, nicht geboten ist.

Tarifpolitisch gesehen, ist in der Braunkohle, außer der Kürzung des Tariflohnes ab 1. Januar auf Grund der Notverordnung, eine weitere Verschlechterung der Lohnbedingungen nicht zu verzeichnen. Auch die Notverordnung zur Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsplätze ist, abgesehen von der Kürzung der Arbeitszeit, auf die Lohnbedingungen ohne Einfluß geblieben. Bei dieser Verkürzung der Arbeitszeit ist es uns in den meisten Fällen, hauptsächlich bei der Werkschen-Weißensefelder Braunkohlen-AG. durch Verhandlungen gelungen, unsere alte gewerkschaftliche Forderung, die Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche durchzusetzen. Nur ein Betrieb im Schieferbergbau, und zwar der große Vertelsbruch, glaubte von der Lohnkürzung der 31. bis 40. Stunde Gebrauch machen zu müssen, wobei die Herabsetzung der Tariflöhne um 10 Prozent vorgenommen wurde.

Im Schieferbergbau wurde von den Arbeitgebern zum 30. Juni der Lohn tarif gekündigt. In den Verhandlungen um die Neufestsetzung des Lohnes verlangten die Arbeitgeber einen Abbau der Löhne von 57 bzw. 56 Pf. auf 49 bzw. 48 Pf. pro Stunde. Dieses Ansuchen wurde von Arbeitnehmerseite in gebührender Weise zurückgewiesen. Der Wille der Arbeitgeber ging darauf hinaus, einen tariflosen Zustand herbeizuführen. Durch Kündigung der Einzelarbeitsverträge erhielten die Belegschaften Kenntnis davon, daß ab 1. Juli nur noch ein Stundenlohn von 50 Pf. gezahlt werden sollte. Durch Anrufung des Schlichtungsausschusses gelang es uns, diese Maßnahme zu durchkreuzen und einen Schiedspruch zu erreichen, der die Kürzung der Stundenlöhne auf 3 Pf. ermäßigte. Ohne das Bestehen der Organisation hätten die Arbeitgeber zweifelsohne ihr Ziel erreicht. Damit ist der beste Beweis erbracht, wie wertvoll der Zusammenschluß der Arbeiterschaft in ihren Berufsorganisationen auch in der Krisenzeit ist, denn ohne sie würde die Lage der Arbeiterschaft noch verzweifelter sein, als es gegenwärtig schon der Fall ist.

Im Jahre 1932 belief sich die erstrittene Rechtschäftsumme auf 30 544,40 M. gegen 11 848,65 M. im Jahre 1929. Mithin konnten im Berichtsjahre 18 695,75 M. mehr erstritten werden. Auf die einzelnen Gebiete entfielen folgende Beträge: Arbeitsvertrags- und Tarifrecht 3 106,40 M., Unfallversicherung 4 674,20 M., Knappschäfts- und Invalidenversicherung 11 832,40 M., Arbeitslosenversicherung 11 761,40 und Sonstiges 170 M. Aus diesen Zahlen geht klar und deutlich die Bedeutung und Notwendigkeit des Verbandes hervor. Demgegenüber haben die „revolutionären“ R.D.-Schwäger keinen einzigen positiven Erfolg aufzuweisen. Pflicht eines jeden Organisierten ist es, die erfolgreiche Arbeit des Verbandes agitatorisch auszunutzen. Es gilt den Verband zu stärken, damit er bei den kommenden großen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen ein größeres Maßgewicht in die Waagschale werfen kann.

Der Waldenburger Bezirk im Krisenjahr.

Der anhaltende wirtschaftliche Niedergang führte auch im niederschleifischen Steinkohlenrevier zu weiteren Rückschlägen. So ging die Kohlenförderung in den ersten neun Monaten des Berichtsjahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 3,8 auf 3,4 Mill. To. oder um rund 8 Prozent zurück. Die Belegschaft verminderte sich gleichfalls um 897 auf 16 358 Mann im Oktober.

Am 1. Januar trat das durch die Zufahrvereinbarung getroffene Krümpersystem voll in Kraft. In diesem Monat wurden erstmalig 1923 Mann werksbeurlaubt. Diese Zahl ist das ganze Jahr über innegehalten worden. Trotz des Werksurlaubs mußten infolge Abfahrrückgangs, der vor allen Dingen im Sommer stark einsetzte, weitere Feierschichten eingelegt werden. In den zehn Monaten (von Januar bis Oktober) sind insgesamt 222 483 Feierschichten eingelegt worden. Diese trafen die Kameraden am härtesten, die neben den Feierschichten auch noch jeden feststen Monat den Werksurlaub nehmen mußten.

Lohn- und Tarifabschlüsse.

Am 1. Januar erfolgte die Lohnherabsetzung auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Da diese Lohnherabsetzung zwingend vorgeschrieben war, setzte der Schlichter nach Anhörung der Parteien einfach die Lohnhöhe fest. Seit Januar 1932 ist dann der Lohn im niederschleifischen Steinkohlenbergbau stabil geblieben. Vergleichen wir den Lohn mit dem des Jahres 1929, so ergibt sich folgende Entwicklung:

Tariflöhne:	am 31.12.29	am 1.1.32	Wentger
Hauer im Obelinge	7,10 M.	5,65 M.	21,8 %
Zimmerhauer	6,03 M.	4,80 M.	20,4 %
Handwerker	5,93 M.	4,72 M.	20,4 %
Effektivlöhne:			
Barverdienst der Kohlen- und Gesteinhauer	7,35 M.	5,87 M.	20,2 %
Gesamtbelegschaft	6,57 M.	5,22 M.	20,5 %

Der Manteltarif für den niederschleifischen Steinkohlenbergbau war von den Arbeitgebern zum 31. Juni 1932 gekündigt worden. Zu allen Paragraphen waren von den Unternehmern Verschlechterungsanträge gestellt. Als Arbeitszeit sollte die achtstündige Schichtzeit unter Tage als tarifliche Arbeitszeit festgelegt werden. Die Zuschläge für Ueberstunden und Ueberstunden sollten stark eingeschränkt, zum Teil ganz beseitigt werden. Starke Verschlechterungen waren beim Urlaub gefordert. Desgleichen lagen starke Verschlechterungsanträge für die Soziallöhne, für Bezüge und Beleuchte und für den Freikohlenbezug vor.

Die Gewerkschaften hatten ihrerseits ebenfalls zu fast allen Paragraphen Abänderungsanträge gestellt. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig. In den Parteienverhandlungen gelang es jedoch den Gewerkschaften, schon einen Teil der Verschlechterungsanträge abzuwehren. Ein Teil der beiderseitigen Forderungen blieb strittig, so daß der Schlichter eingreifen mußte. Derselbe fällt am 14. Juni einen Schiedsspruch, wonin die Urlaubsentzählung auf 70 Prozent festgelegt wurde. Auch im Schlichtungsverfahren gelang es, noch einige Verbesserungen in die Urlaubsbestimmung hineinzubekommen.

Der Abschluß des Manteltarifs war gewiß ein voller gewerkschaftlicher Erfolg, der zwar von den Gewerkschaftsmitgliedern voll gewürdigt, von der übrigen Bergarbeiterchaft jedoch viel zu gering beachtet wurde. Den Unorganisierten und den Kommunisten sowie den Nazis sollte doch endlich einleuchten, daß nur in zäher, gewerkschaftlicher Arbeit Kollektivverträge möglich sind. Die Lohnentwärtung sollte vor allem den kommunistischen Drahtziehern zu denken geben. Durch ihre Zerplitterungsarbeit haben sie es erreicht, daß der gewerkschaftliche und politische Ein-

fluß der Arbeiterschaft so stark zurückgegangen ist und infolgedessen die im Jahre 1929 erreichte Lohnhöhe nicht gehalten werden konnte. Wenn die radikalen Schreier heute wiederum erklären, die Gewerkschaften seien an der Lohnherabsetzung schuld, so rufen wir ihnen immer wieder ins Gedächtnis, daß sie es waren, die die gewerkschaftlichen Erfolge nie anerkannten, sondern nur immer von „Verrat der Bonzen an der Arbeiterschaft“ schrieen.

Ganz außerordentlich waren die Rechtserfolge in den ersten neun Monaten des Berichtsjahres. Es konnten insgesamt 29 222,10 M. für die Kameraden erstritten werden. Diese Summe wäre unseren Mitgliedern verlorengegangen, wenn ihnen der Rechtsschutz des Verbandes nicht zur Seite gestanden hätte. Dabei ist zu bemerken, daß im Rechtsschutz immer nur die Summen erfassbar sind, die unmittelbar ausgekragt werden. In sehr vielen Fällen, wo es sich um grundsätzliche Fragen han-

Unsere Jahresbilanz im Bezirk Nordhausen.

Im Berichtsjahr arbeiteten die Belegschaften, wie im Vorjahr, sehr stark verflücht. Das Ausmaß der Kurzarbeit gestaltete sich auf den einzelnen Werken verschieden. Je nach dem Beschäftigungsgrad der Werke betrug die Kurzarbeit ein bis fünf Tage. Bei der unterschiedlichen Handhabung der Kurzarbeit in den Kaliverten spielte u. a. die Uebertragung der Quoten bis zu 50 Prozent eine nicht unwesentliche Rolle. Außer den dauernden Entlassungen von Arbeitern fanden auch solche von vorübergehender Dauer statt, weil Betriebe infolge Ueberfüllung der Lagergruppen bis zu fünf Monaten mit der Produktion ausgesetzt. Eine weitere Reduzierung der Belegschaften griff dadurch Platz, daß sowohl Kaliverte als auch andere kleine Werke vollständig stillgelegt wurden. Entlassungen waren auch dann noch zu verzeichnen, als von der Regierung die Einstellungsprämie durch Verzehrung verfiel.

Die Belegschaften des stillgelegten Kaliverts Kleinbodungen wurden vom Kalivert von Belsen übernommen, desgleichen die Belegschaften vom Kalivert Sollstedt vom Kalivert Craja. Infolge dieser Belegschaftsübernahme vereinbarten die Werksleitungen mit den Belegschaften das bekannte Krümpersystem.

Neben den tariflichen Lohnkürzungen infolge Notverordnung wurden die übertariflichen Löhne und Prämien gekürzt. In der Bergindustrie Dr. Rudolf Alberti (Bad Lauterberg) kam es, nachdem ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses die Löhne um weitere 10 Prozent herabgesetzt hatte, zu einem Abwehrkampf. Durch diesen wurde erreicht, daß der vom Schlichtungsausschuss festgesetzte Spitzenlohn von 5,85 auf 6,10 M. erhöht wurde. Im Manteltarif derselben Firma wurde der Urlaub von zwölf Tagen

best, sind die Erfolge selbstverständlich viel höher, als sie in den Rechtsschutzberichten angegeben werden können.

Ungebrochener Organisationswille.

Trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise und der dadurch bedingten Not hat sich unser Verband im Waldenburger Revier gut gehalten. Die wilde Agitation der Kommunisten und der Nazis hat nicht vermocht, an den Pfeilern der Organisation zu rütteln. Durch die unermüdete Bildungsarbeit der Organisation ist es den Gegnern nicht möglich, in diesen Block einzubringen. Die Funktionen unseres Verbandes gehen nunmehr mit frischem Mut und auf der ganzen Linie wieder vor. Durch planmäßige Agitation ist es uns kürzlich schon wieder gelungen, 73 neue Mitglieder zu gewinnen. Das ist in diesem kleinen Revier, wo der Verband an sich schon stark ist, immerhin ein recht beachtenswerter Erfolg.

Wir rufen unseren Kameraden zu: Erlahmt nicht, tut alles, um die Organisation zu stärken, damit wir bei aufsteigender Konjunktur die Lohnverluste und sonstigen Rückschläge wieder wettmachen können!

auf elf Tage Höchstanspruch reduziert, desgleichen wurde die Arbeitszeit verkürzt, und zwar von täglich 8 1/2 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt auf 8 Stunden für die Arbeiter unter Tage und für Ueberlagerarbeiter von 8 1/2 auf 8 Stunden.

Die Verbandsausgaben für Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Krankheit waren besonders hoch. Es wurden gezahlt an: Arbeitslosenunterstützung 60 617,23 M., an Krankenunterstützung 26 59,54 M., zusammen 63 476,77 M.; an Streikunterstützung 6596,72 M., an Vermögensgegenstandsunterstützung 2880,82 M., zusammen 72 963,31 M.

An Entschädigung aus § 85 A.B.G. wurden 80 000 M. durch den Wintershallkonzern an die Belegschaft des Kaliverts Bischofserode zur Auszahlung gebracht. Die Quote von Bernerode wurde auf Bischofserode übertragen.

In Vertretungen am Arbeitsgericht, an den Oberverwaltungsämtern, Arbeitsämtern und sonstigen Behörden wurden insgesamt 1 24 Rechtsschafffälle in den ersten drei Vierteljahren zur Verhandlung gebracht. Der Gesamtertrag der erstrittenen Erfolge betrug 26 455,54 M.

Von einer Durchführung von besonderen Bildungskursen wurde im Berichtsjahr abgesehen. Es wurde deshalb besonderer Wert auf die Abhaltung von Versammlungen und Funktionärskonferenzen gelegt, bei denen lebhafteste Anteilnahme zu verzeichnen war. Zum ersten Male wurden alle im Bezirk vorhandenen Unterföhrer zu zwei Konferenzen geladen. Die für das Winterhalbjahr 1932-33 geplante Werbeaktion hat eingeleitet und bereits in einigen Jahrestellen gute Erfolge gezeitigt.

Bezirk Zwickau: Trotz schwerer Not — unerschütterter!

Das verflossene Jahr bedeutet auch für die Bergarbeiter im Bezirk Zwickau eine schwere Notzeit. Der zehnpromzentige Lohnabbau, der zu Jahresanfang durch Notverordnung diktiert wurde, drückte die Bergarbeiterlöhne nahezu auf den Stand der Unterstützungssätze für Erwerbslose. Der weitere Vorstoß gegen den Tariflohn, wie ihn die Ruhrunternehmer im Laufe des Jahres trotzdem noch zweimal unternahmen, erfolgte im Bezirk Zwickau nicht. Auch eine Kündigung des Rahmentarifs auf Grund der Notverordnung unterblieb, weil am 10. Februar eine Vereinbarung abgeschlossen wurde, wonach die laufenden tariflichen Abmachungen über April hinaus unverändert in Kraft bleiben sollten.

Die Bergarbeiterlehrverträge wurden im Februar 1932 dahingehend abgeändert, daß den Berglehrlingen der zustehende

Lohn für die Schulzeit nach Beendigung derselben zurückerstattet wird. Die bergmännische Nachwuchsfrage war wiederholt Gegenstand ernster Beratungen und ist bis jetzt nur unbefriedigend gelöst. Für die aktiven Bergarbeiter wurde zu Jahresbeginn der Preis für Deputatkohlen etwas gesenkt.

Im Erz- und Zinnbergbau, ebenso in den Flußpatbetrieben war die Produktion im Berichtsjahre fast völlig stillgelegt. Ebenso erging es dem Schneeberger Erzbergbau.

Wie in den Vorjahren, so ist auch im Berichtsjahre von den Arbeiterbeiräten, wie auch von den Mitgliedern des Gruben- sicherheitsamtes nichts unversucht geblieben, um den Bergarbeiter- schutz zu fördern. Nach langen Beratungen und Prüfungen wurden die Richtlinien über die Verwendung von Gesteinsstaub festgelegt. Die verschiedensten sozialpolitischen Notverordnungen

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.
Copyright by Malik-Verlag.

Hal hatte Alec Stone versprochen, ein wachsaues Auge auf Störenfriede zu haben, und eines Abends hielt ihn der Aufseher auf der Straße an und fragte, ob er nichts zu melden hätte. Hal benützte die Gelegenheit, um seiner übermütigen Laune freien Lauf zu lassen.

„Mife Sitoria ist völlig harmlos“, berichtete er. „Bloß etwas aufbrausend. Hal er nur jemanden, der ihn geduldig anhört, so ist er ganz zufrieden und verlangt weiter nichts. Er ist nichts anderes als ein alter Brummbar. Aber da gibt es einen andern Kerl, den man im Auge behalten sollte.“

„Wer ist das?“ fragte der Aufseher.

„Ich weiß nicht, wie er heißt. Er wird Gus genannt und arbeitet am Förderkorb. Ein Kerl mit einem roten Gesicht.“

„Ich weiß schon, Gus Darling.“

„Er hat versucht, mit mir von Gewerkschaften zu reden, immer wieder fängt er davon an. Ich glaube, er ist ein rechter Störenfried.“

„Gut“, entgegnete der Aufseher. „Ich werde ihn mir vornehmen.“

„Sie werden ihn aber nicht wissen lassen, daß ich Ihnen etwas gesagt habe?“ meinte Hal besorgt.

„O nein, gewiß nicht.“ Und ein schwaches Lächeln huschte über das Gesicht des Aufsehers.

Auch Hal lächelte, als er sich zum Gehen wandte. Gus, der rotgesichtige Kerl, war der Mann, den ihm Madovik einst als Spitzel der Gesellschaft bezeichnet hatte.

Doch war es eine gar verzwickte Sache um diese Spitzelwirtschaft, man konnte daraus wirklich nicht klug werden. Eines Sonntagmorgens spazierte Hal den Canon hinauf und begegnete auf seinem Weg einen jungen Burschen, der ihn ansprach und nach geraumer Zeit die Rede auf die Arbeitsverhältnisse des Nordtales brachte. Er sei erst eine Woche da, berichtete er, und jeder, mit dem er bis jetzt sprach, murre über fallisches Abwiegen. Zwar sei er kein Hauer und daher persönlich nicht an der Sache beteiligt, doch interessiere sie ihn, und er wüßte gerne, wie Hal darüber denke.

Der stand nun vor der Frage, ob der Fremde tatsächlich ein Arbeiter, oder von Alec Stone beauftragt worden sei, ihn auszuspionieren. Der Bursche schien intelligent, war ein Amerikaner, was an und für sich verdächtig annahm, da die neuen

Arbeiter der Gesellschaft meist aus Gegendem östlich von Suez stammten.

Hal beschloß, die Fragen eine Weile zu parieren, und erwiderte, er glaube nicht, daß die Bedingungen hier schlechter seien als anderswo. Geübt werde ja immer und überall.

Der Fremde meinte, dies treffe ja, doch schienen die Dinge in diesen Kohlenruben wirklich besonders arg zu sein. Vielleicht kam dies daher, weil die Ruben von der übrigen Welt so weit entfernt lagen und die ganze Umgebung der Gesellschaft gehöre.

„Wo waren Sie früher?“ fragte Hal und vermeinte damit seinem Gefährten eine Falle zu stellen. Doch der antwortete ohne Verlegenheit, geradeheraus: er schien tatsächlich in sechs Kohlenruben gearbeitet zu haben.

Hal ließ sich auf nichts ein, schüttelte nur den Kopf und meinte, all dies sei freilich nicht schön, doch erginge es dem Arbeiter immer so, da sei weiter gar nichts zu machen. Sie schlenderten ins Dorf zurück, der junge Fremde war offensichtlich verwirrt. Hal hingegen schien es, als sei er in einer Detektivgeschichte am Ende des ersten Kapitels angelangt. War dieser junge Mann der Held oder der Mörder? Er wird wohl die Geschichte zu Ende lesen müssen, um Gewißheit zu erhalten.

Hal behielt seinen neuen Bekannten im Auge und bemerkte, daß er auch mit anderen sprach, so zum Beispiel mit dem alten Mike, der einer Aufforderung, seiner Unzufriedenheit Worte zu verleihen, niemals widerstehen konnte, wenn sie auch gleich vom Teufel selbst ausgegangen wäre. Hal erkannte, daß etwas geschehen müsse.

Er beriet sich mit seinem Freund Jerry, der als Radikaler vielleicht einen Prüffstein für den Fremden besaß. Jerry suchte den Mann in der Mittagspause auf und mußte nachher zugeben, daß auch er, gleich Hal, im Dunkeln tappe. Entweder war der Mann ein Agitator, der „etwas“ organisieren wollte, oder er war ein von der Gesellschaft ausgehender Detektiv. Es gab nur ein Mittel, die Wahrheit zu erkunden: einer mußte ganz aufrichtig mit ihm sprechen, dann würde man schon sehen, was geschehen werde.

Am folgenden Sonntag forderte Hal den Fremden zu einem Spaziergang auf. Dieser schlug die Einladung aus, bis Hal erklärte, er habe ihm etwas mitzuteilen. Während sie den Canon hinaufschritten, sagte Hal: „Ich habe über das, was Sie von den Verhältnissen in den Kohlenruben sagten, nachgedacht und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß uns im Nordtal eine kleine Aufrüttelung recht wohl täte.“

„Wirklich?“

„Als ich zuerst herkam, glaubte ich, die Leute seien grundlos unzufrieden. Seitdem habe ich mich überzeugt, daß keinem einzigen sein Recht wird. Zum Beispiel wird keinem das volle Gewicht bezahlt — außer den besonderen Günstlingen des Waage- meisters. Das weiß ich bestimmt, mein Partner und ich haben das erprobt. War haben den einen Karren ganz leicht beladen und er wurde für achtzehnhundert gezogen. Auf den nächsten luden wir mehr als doppelt soviel — und bekamen zwei- oder

dreiundzwanzig. Das ist einfach nicht zu erklären, es sei denn... Uebrigens weiß jeder, daß diese großen Karren zwei bis drei Tonnen fassen.“

„Das habe ich mir auch gedacht“, entgegnete der andere.

„Das Resultat ist ganz einfach folgendes: man redet uns ein, wir erheiten fünfundsünfzig pro Tonne. In Wirklichkeit drückt man uns durch derartige Manipulationen auf fünfunds- dreißig herab. Geldern mußte ich im Gesellschaftswarenhäus anderthalb Dollars für ein Paar Zwillichhojen zahlen, die in Pedro sechzig Cents kosten!“

„Sie müssen bedenken“, warf der andere ein, „daß die Gesellschaft die Waren heraufbefördern muß.“

Ummächtig gewahrte Hal, daß der Spieß umgedreht worden war: der Geheimnisvolle hielt sich in zehn Schritten vom Leibe! Aus irgendeinem Grunde machte ihm Hals plötzliches Interesse für industrielle Gerechtigkeit nicht den geringsten Eindruck.

So nahm Hals Detektivlaufbahn ein ruhmlotes Ende. „Sagen Sie“, plakte er plötzlich heraus, „was sind eigentlich Ihre Absichten?“

„Meine Absichten?“ erwiderte gelassen der andere. „Was wollen Sie damit sagen?“

„Weshalb sind Sie hergekommen?“

„Um zwei Dollars am Tag zu verdienen, genau wie Sie, nehme ich an.“

Hal begann zu lachen: „Wir sind wie zwei Unterseeboote, die einander unter Wasser suchen. Ich meine, es wäre besser, wir kämen an die Oberfläche, um dort zu kämpfen.“

Der andere bedachte das Gleichnis, es schien ihm zu gefallen. „Kommen Sie zuerst“, sagte er, ohne zu lächeln. Seine ruhigen, blauen Augen sahen Hal tieferrst an.

„Gut“, meinte der. „Meine Geschichte ist nicht besonders spannend. Ich bin weder ein entsprungener Sträfling, noch, wie Sie vielleicht glauben, ein Spitzel der Gesellschaft; auch kein „geborener“ Bergmann. Ich habe nur daheim einen Bruder und einige Freunde, die sich einbilden, alles von der Kohlen- industrie zu verstehen. Diese Einbildung ist mir auf die Nerven gegangen und ich zog aus, um die Dinge mit eigenen Augen zu sehen. Das ist alles, außer der Tatsache, daß ich die Dinge sehr interessant finde und noch eine Zeitlang hierbleiben möchte. Daher hoffe ich, daß Sie kein Spitzel sind.“

Der andere schritt schweigend weiter, schien Hals Worte zu erwägen.

„Ihre Geschichte ist keine ganz alltägliche“, bemerkte er endlich.

„Ich weiß es. Ich kann bloß sagen, daß sie wahr ist.“

„Gut“, sagte der Fremde. „Ich will es riskieren, muß ohnehin jemand Vertrauen schenken, wenn ich etwas erreichen will. Ich bin auf Sie verfallen, weil Ihr Gesicht mir gefällt.“ Er warf Hal einen forschenden Blick zu. „Sie lächeln nicht wie ein Betrüger. Doch sind Sie jung — daher muß ich Sie darauf aufmerksam machen, wie wichtig in dieser Sache Verschwiegenheit ist.“

„Ich werde schweigen“, versprach Hal. Da zog der Fremde aus seiner Brusttasche einen Brief, der,

haben in den sozialen Einrichtungen, insbesondere innerhalb der Versicherten und Versorgungsberechtigten, große Verwirrung und unsoziale Härten hervorgerufen. Infolgedessen hatte der Verband eine erhebliche Rechtschulzarbeit zu leisten. Die Arbeiten vor den Spruchkammern für Arbeiterangelegenheiten blieben erheblich. Außerdem gingen die Streitigkeiten aus dem Tarif- und Arbeitsvertrag nicht zurück. Bis Mitte Dezember konnten wir deshalb einen rechtlichen Erfolg von rund 40 302 M. erzielen. Diese Erfolgssumme verteilt sich folgendermaßen: Arbeitsgerichte 13 098 M., Sozialversicherung 22 413 M., Arbeitslosenversicherung und Steuer 18 881 M.

Ungeachtet dieser erfolgreichen Verbandstätigkeit blieb unser Mitgliederstand im wesentlichen stabil. Obwohl die Be-

legschaftsziffer im Bezirk um 2000 Mann zurückgegangen ist, hatten wir zu Anfang des Jahres 6780, bei Jahreschluß aber noch 6382 Mitglieder.

Trotz der Notzeit wurde die Bildungsarbeit auch im Berichtsjahre fortgesetzt und auch eine beachtliche Verfallmängeltätigkeit entfaltet. An die Verbandsinstanzen wurden erhebliche Anforderungen insofern gestellt, weil neben den üblichen Unterstützungen für 50 Prozent der Mitglieder Kurzarbeiterunterstützung gezahlt werden mußte.

Durch Tod wurden auch im Berichtsjahre unsere Reihen wieder gelichtet, indem als Opfer ihres Berufes acht Kameraden starben und weitere 40 Kameraden durch natürlichen Tod von uns schieden.

Ein interessanter Jahresbericht des Bezirks Luga.

Das Jahr 1932 hat für die Kameraden unseres Bezirks recht wenig Erfreuliches gebracht. Rückgang der Löhne, Feiertagslohn, Kürzung des Urlaubs und Abbau der Bezüge und Rechte in der Sozialgesetzgebung waren die Wirkungen dieser schweren Wirtschaftskrise. Heute, am Jahreschluß, läßt sich leider von einer Besserung im kommenden Jahr noch recht wenig erhoffen. Der Bergbauverein hat zum Jahresende den Tarifvertrag gefündigt, um auch 1933 die Wirkungen der Wirtschaftskrise möglichst auf die Bergarbeiter abzumwälzen. In einer ganzen Reihe an uns zugesandten „Wünschen“, deren jeder einzelne für sich ein besonderes „Weihnachtsgebet“ für die Bergarbeiter bedeutet, sucht er sich wirtschaftliche Erleichterungen zu verschaffen. Mit dem Hinweis, daß diese von ihm uns zugesandten Wünsche in den anderen Revieren (Ruhrgebiet usw.), die doch wirtschaftlich viel stärker seien als der sächsische Bergbau, schon längst im Tarifvertrag Aufnahme gefunden hätten, verteidigt er seine Stellung.

Nachdem auch wir eine Reihe berechtigter Wünsche dem Bergbauverein zugesandt und in zweimaligen Verhandlungen keine Einigung über die vorliegenden Punkte erzielt wurde, hat der Bergbauverein den Landeschlichter zur Entscheidung angerufen.

„Die Gewerkschaften haben nichts geleistet“, behaupten die Kommunisten und ihre Ableger, die RGO. und der sogenannte Einheitsverband. Daher müssen, sie nach kommunistischer Meinung, bekämpft werden. Die Unternehmer behaupten, die Gewerkschaften haben den Sozial- oder Wohlfahrtsstaat geschaffen, haben die Löhne ins Unermessliche hinaufgetrieben. Darum sei das Problem aller Probleme die Beseitigung der Gewerkschaften. Das Urteil über beide Behauptungen überlassen wir ruhig unseren Kameraden.

Der Durchschnittslohn für die sächsischen Bergarbeiter betrug im September 1929: 7,71 M., im September 1932: 5,75 M. 1929 gab es noch vollen Urlaub und keine Feiertagslohn. Welche Verschlechterungen auf den verschiedenen Gebieten der Sozialgesetzgebung und in welchem Ausmaße dieselben seit 1929 eingetreten

sind, haben die Kameraden ja am eigenen Leibe verspürt. Diese eingetretenen Verschlechterungen fanden statt an Einrichtungen, die wir doch erst durch Kampf errungen hatten. Trotzdem lehnten die Kommunisten und ihre Ableger es zu jeder Zeit ab, das von uns Geschaffene als für die Bergarbeiter nützlich und wertvoll anzuerkennen. Ihr erbitterter und häßlicher Kampf gegen die Tätigkeit unserer Organisation hielt sie allerdings nicht ab, als Nutznießer unserer Errungenschaften mit aufzutreten. Ihr ganzer Kampf gegen uns ist daher nicht nur eine große Heuchelei, sondern ein Verbrechen an der gesamten Bergarbeiterschaft. Die Wirkung ihrer Tätigkeit ist Schwächung des Einflusses der Bergarbeiter und Stärkung der Unternehmerfront. Diese Situation nutzt das Unternehmertum zur Zeit auch weidlich aus.

Trotz unseres kleinen Reviers und trotzdem leider noch ein großer Teil der Kameraden von seinen ihm zustehenden Rechten recht wenig Gebrauch macht, haben wir innerhalb neun Monaten durch Vertretungen vor dem Arbeitsgericht, der Spruchkammer des Arbeitsamtes, der Versicherungsämter usw. die Summe von 27 514 M. für die Rechtschulzuchenden herausgeholt. Ein einziger Fall von vielen sei herausgehoben: Unser Mitglied B. aus D. mußte nach 42jähriger Beschäftigung die Bergarbeit aufgeben. Während seiner Dienstzeit hatte B. auch einige Jahre Gesteinsarbeit verrichtet. Die Ärzte stellten Steinhauerlunge und schwere Silikose fest. Die Berufsgenossenschaft lehnte auf Grund eines Obergutachtens von Professor S. (Zwickau) den Antrag auf Unfallrente ab. Gegen diesen ablehnenden Bescheid wurde von uns Berufung beim Senat für Berufskrankheiten in Berlin erhoben. Nach zwei Jahren teilte die Berufsgenossenschaft mit, daß sie bereit sei, eine Unfallrente von 50 Prozent zu gewähren. Die monatliche Rente beträgt 85 M. Da eine Nachzahlung von über zwei Jahren in Frage kam, erhielt der Betreffende 2645 M. nachgezahlt. Ein großer und schöner Erfolg durch die Hilfe unserer Organisation!

Wäge die Erkenntnis über die Notwendigkeit einer starken Organisation, aber ohne Phrasengeschwall, auch im kommenden Jahre ein Leitmotiv der Bergarbeiter werden!

Urlaubstreit im Braunkohlen-Randrevier Düren vom Reichsarbeitsgericht zugunsten der Bergarbeiter entschieden.

Die Firma Schöttle & Schuster in Conzendorf bei Düren hatte ihren im Jahre 1931 und später wegen Arbeitsmangels entlassenen Arbeitern den Urlaub gekürzt. Die betroffenen Arbeiter erhoben durch unseren Verband Klage beim Arbeitsgericht Düren. Wir forderten: 1. Anerkennung des ersten Jahres als Beschäftigungsjahr; 2. Anerkennung der Bestimmung des § 5 Ziff. 11 des Tarifvertrages, die den aus dem Bergbau ausscheidenden Arbeitern auch den anteilig erworbenen Urlaub für das laufende Jahr gewährt.

Das Arbeitsgericht Düren wies die Klage zurück. In der darauf anhängig gemachten Berufung hob das Landesarbeits-

gericht Aachen das erstinstanzliche Urteil auf und gab durch Urteilspruch den Klägern Recht. Die beklagte Firma legte gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts Revision beim Reichsarbeitsgericht ein. Dieses wies die Revision in ihrem vollen Umfange zurück und entschied, daß das Urteil des Landesarbeitsgerichts zu Recht ergangen sei.

In der Begründung heißt es u. a.: „Ferner wird der Urlaub im allgemeinen als eine Belohnung für die Vergangenheit gewährt, und zwar in der Weise, daß ein Anspruch auf ihn am Stichtag erworben, die Erfüllung des Anspruchs aber im Laufe des angefangenen neuen Beschäftigungsjahres geleistet wird.“

ihn als Thomas Olson auswies, Organisator der Vereinigten Grubenarbeiter, der großen nationalen Bergarbeitergewerkschaft!

Hal war durch diese Entdeckung derart verblüfft, daß er stehenblieb und den Mann anstarrte. Er hatte im Kohlenrevier viel von „Störenfrieden“ gehört, doch waren ihm bisher nur solche vor Augen gekommen, die von der Gesellschaft zum Nachteil der Arbeiter angestellt waren. Und dieser hier war ein Gewerkschaftsorganisator! Jerry hatte bereits an eine solche Möglichkeit gedacht, doch hatte Hal diese Auffassung nicht ernst genommen; ihm war ein Organisator eine mythologische Persönlichkeit, von der die Bergleute allerlei muntelten, die von der Gesellschaft, ihren Angestellten und Hals Freunden daheim verschüchelt und gehäht wurden. Ein Aufwiegler, ein Brandstifter, ein großmäuliges, unverantwortliches Geschöpf, das blinde, gefährliche Leidenschaften entfacht. Sein Leben lang hatte Hal bergleichen gehört, und seine erste Regung war die des Mißtrauens. Ihm war zumute wie dem alten, einbeinigen Wächter, bei dem er nach seiner Niederlage in der Fichtenschlucht übernachtet und der gesagt hatte: „Lassen Sie mich mit Ihren Gewerkschaftsachen in Ruhe!“

Hals Erregung bemerkend, lachte der Organisator ein wenig beruhigt auf: „Sie hoffen, daß ich kein Spitzel bin, und Sie werden begreifen, daß ich das gleiche von Ihnen hoffe.“

Hals Antwort war tröstlich: „Man hat auch mich einmal für einen Organisator gehalten?“ Unwillkürlich suchten seine Hände längst vernarbte Wunden.

Der andere lachte. „Sie sind mit Prügelein davongekommen? Dann haben Sie Glück gehabt. Unlängst hat man in Alabama einen der Unseren geteert und gefederl.“

Hals Gesicht verzog sich; dann lachte auch er: „Ich dachte eben an meinen Bruder und dessen Freunde — was sie wohl gesagt hätten, wenn ich aus der Fichtenschlucht in einem Mantel aus Teer und Federn heimgekehrt wäre!“

„Bleibst du nur, daß Sie es nicht anders verdient haben.“ „Ja, das stimmt. Das ist der Maßstab, den sie bei allem anlegen. Geht etwas schief, ja muß man unbedingt selbst daran schuld sein. Dies ist ja das Land der gleichen Möglichkeiten für alle.“

„Sie können beobachten“, sagte der Organisator, „daß alle Privilegien derart sprechen.“

Hal fing an, dem Fremden gegenüber ein kameradschaftliches Gefühl zu empfinden; er schien sich auf Familienzwistigkeiten zu verstehen. Es war lange her, seit Hal mit einem Menschen der Außenwelt geredet hatte, und nun tat ihm diese Aussprache wohl. Er dachte daran, wie er sich, mundgeprügelt, im Regen liegend, geteert hatte, daß er nicht das war, wofür ihn der Wächter gehalten. Nun war er begierig, die Psychologie eines Organisationsmannes kennenzulernen. Wahrscheinlich, es gehörte eine feste Ueberzeugung zu diesem Beruf!

Er verließ diesem Gedanken Ausdruck, und der andere erwiderte: „Ich trete Ihnen gern mein Gehalt ab, wenn Sie dafür meine Arbeit übernehmen. Aber eines will ich Ihnen sagen: es ist nicht das Vergelte, wenn man verprügelt und aus dem

Revier hinausgeworfen wird. Der Berghauptmann, der Spitzel, die schwarze Liste sind nicht das Schlimmste. Das Vergelte liegt in den Köpfen jener, denen wir helfen wollen. Haben Sie je darüber nachgedacht, was es heißt, Menschen etwas erklären zu wollen, die in zwanzig verschiedenen Sprachen reden?“

„Gewiß“, meinte Hal. „Ich frage mich, wie Sie überhaupt einen Anfang machen können.“

„Man sucht einen Dolmetscher — und kann nie sicher sein, ob der Betreffende nicht ein Spitzel der Gesellschaft ist. Es kann auch vorkommen, daß der erste Mann, zu dem man spricht, einen beim Aufseher anzeigt. Denn natürlich gibt es unter den Leuten immer einige Feiglinge und einige Verräter, die den Kameraden für eine bessere Arbeitsstelle, ja sogar für ein Glas Bier verkaufen.“

„Schwächen solche Vorfälle nicht Ihre Ueberzeugung?“ „Rein“, sagte der andere trocken. „Es ist oft eine Enttäuschung, doch kann man es den armen Teufeln nicht verübeln. Sie sind völlig unwissend — werden absichtlich so erhalten. Die Aufseher bringen sie her und haben ein ganzes System aufgebaut, um die Leute einander fernzuhaltten. Und dann haben diese europäischen Völker ihre Vorurteile nationaler und religiöser Art, die sie voneinander trennen. Man trifft zwei Leute, dem einen geht es ebenso schlecht wie dem andern — und doch verachtet der eine den andern, weil er zu Hause besser gestellt war. Damit spielen sie dann natürlich den Aufsehern in die Hand.“

Sie hatten einen entlegenen Fleck im Canon erreicht und ließen sich auf einen flachen Stein nieder.

„Versehen Sie sich einmal in die Lage dieser Leute“, sagte der Organisator. „Sie sind in einem fremden Lande; der eine jagt ihnen dies, der andere etwas anderes. Die Herren und ihre Agenten sagen: Mißtraut den Gewerkschaftsorganisatoren, das sind Erpresser; sie tun nichts und führen ein Schlemmerleben. Sie nehmen euer Geld, fordern euch zum Streik auf, und ihr verliert Arbeit und Heim. Dann gehen sie weiter und treiben anderorts ihr Unwesen.“ Natürlich glauben die Arbeiter dieses Geschwätz, sie haben nicht genug Verstand, um einzusehen, daß die Korruption einzelner Gewerkschaftsführer ihre Erklärung darin findet, daß sie von den Herren gekauft werden. Derart werden die Arbeiter gänzlich verwirrt und wissen weder aus noch ein.“

Der Mann sprach ruhig und gelassen, dennoch flackerte in seinen Zügen die Erregung auf. „Die Gesellschaft wiederholt beständig, daß die Leute zufrieden sind, daß bloß wir sie aufwiegeln. Sind Sie wirklich zufrieden? Sie sind länger hier, Sie müssen das wissen.“

„Darüber braucht man kein Wort zu verlieren“, entgegnete Hal. „Natürlich sind sie unzufrieden. Oft dünken sie mich wie Kinder, die im Dunkeln meinen — sie wissen weder, was ihnen fehlt, noch wer ihr Elend verschuldet, noch von wo sie Hilfe erbitten sollen.“

Hal verlor allmählich sein Mißtrauen. Dieser Mann stimmte so gar nicht mit seinem Phantasiebild eines Gewerkschaftsorganisationsmannes überein: er war ein junger, gut gewachsener Amerikaner, nicht müde und lärmend, sondern ruhig und ein wenig traurig.

Resultate der Werbeaktion

Folgende Teilergebnisse der Werbeaktion im Ruhrgebiet waren bis Mitte Dezember gemeldet:

Geschäftsstelle Hamm	135	Neuaufnahmen
„ Dortmund	90	„
„ Castrop	195	„
„ Bochum	190	„
„ Reddinghausen	257	„
„ Gladbeck	111	„
„ Gelsenkirchen	126	„
„ Essen	78	„
„ Oberhausen	222	„
„ Moers	35	„

Zusammen: 1439 Neuaufnahmen

Zähe Arbeit zeitigt doch noch Erfolge! Hast auch du schon deine Pflicht getan?

Dann erhält der Arbeitnehmer den Urlaub im neuen Jahre für das vergangene Beschäftigungsjahr. Dabei kann durch Vereinbarung der Tarifvertragsparteien auch festgelegt sein, daß einem Arbeitnehmer beim Ausscheiden aus dem Betrieb für die im neuen Jahre zurückgelegte Beschäftigungszeit ein Zusatzurlaub zubilligen ist, so daß er im neuen Jahre außer seinem regelmäßigen Urlaub noch diesen Zusatzurlaub erhält.

Streit um das Sperrjahr.

Hierzu sagt die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts folgendes:

„Anders liegt es beim Sperrjahr. Hier erhält der Arbeitnehmer den Urlaub nicht für das vergangene erste Beschäftigungsjahr; für dieses wird ein Urlaub überhaupt nicht gewährt.“

Dies war auch die Auffassung der beklagten Firma. Das Reichsarbeitsgericht sagt aber dann ausdrücklich weiter, daß, wenn ein Sperrjahr in Ansatz gebracht werden soll, dieses ganz klar und deutlich in dem Tarifvertrag festgelegt sein muß, und zwar so, daß kein Zweifel darüber bestehen kann. In den Tarifverträgen für die Stein- wie auch Braunkohle ist nirgendwo von einem Sperrjahr auch nur ein Wort gesagt, also kann dieser Begriff auch nicht in Anwendung gebracht werden.

Der Erfolg der Geschichte ist, daß die Braunkohlenarbeiter des Dürener Randreviers, soweit sie durch die willkürliche Maßnahme der Unternehmenseite geschädigt waren, jetzt endlich zu ihrem Rechte gekommen sind, und zwar nur durch die sachgemäße Vertretung ihrer Organisation, den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Die Bergarbeiter sollten sich dieses merken und vor allen Dingen darüber klar sein, daß eine sachgemäße Hilfe und Unterstützung nur gewährt wird durch eine bewährte Organisation. Darum hinein in den Verband!

53.
Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit

vom 25. bis 31. Dezember 1932

Freilich war ihm Empörung nicht fremd, doch nahm sie nicht die Form von Deklamationen und schwulstigen Reden an, und diese Zurückhaltung verfehlte nicht ihre Wirkung auf Hal, der trotz aller demokratischen Regungen die Gewohnheiten einer Klasse besaß, die vor Lärm und übergroßer Emphase zurückschreckt. Auch interessierte Hal die Haltung des Mannes den Schwächen der Arbeiter gegenüber. Wie oft hatte er von der „Trägheit“ der Armen gehört, die so viele Leute an ihnen verzweifeln ließ, von ihrer Feigheit und Unbeständigkeit. „Man kann ihnen gar nicht helfen“, hieß es. „Sie sind schmutzig und faul, drücken sich, verraten einander.“ Daraus folgte dann die Formel: Man kann die menschliche Natur nicht ändern. Sogar Mary Burke, die doch selbst der Arbeiterklasse angehörte, sprach in dieser zornigen, verächtlichen Art von ihren Genossen.

Olson jedoch glaubte an ihre Mannhaftigkeit und ging daran, sie zu erwecken und aufzuklären.

Vor seinen Augen lag ein heller, gerader Pfad. „Sie müssen vor allem Solidarität lernen. Als Individuen sind sie hilflos in den Händen der großen Körperschaften; halten sie jedoch zusammen, verkaufen sie ihre gesamte Arbeit als Einheit — dann zählen sie.“ Er verstummte und sah den anderen fragend an: „Wie stehen Sie zur Gewerkschaft?“

Hal antwortete: „Das ist eins der Dinge, über die ich mit klarwerden möchte. Man hört dies und jenes, auf jeder Seite sind die Vorurteile groß. Ich will den Schwächeren helfen, doch will ich dabei den richtigen Weg wählen.“

„Gibt es einen anderen Weg?“ Olson schweig einen Augenblick. „Oder wollen Sie sich an das gute Herz der Grubenbesitzer wenden?“

„Das nicht — aber könnte man sich nicht an die Welt wenden, an die öffentliche Meinung? Ich bin als Amerikaner aufgewachsen und glaube an mein Land. Vielleicht, wenn die Arbeiter politisch...“

„Politisch!“ rief Olson. „Mein Gott — wie lange sind Sie denn hier?“

„Ein paar Monate bloß.“

„Gut, bleiben Sie bis November und sehen Sie sich einmal an, was mit den Wahlzetteln getrieben wird.“

„Ich kann mir natürlich vorstellen...“

„Nein, das können Sie nicht. Ebenso wenig wie Sie sich früher die Erpressung und das Elend vorstellen konnten.“

„Wenn die Leute aber zusammen stimmen würden...“ „Wie können sie zusammen stimmen — der erste, der davon spricht, wird entlassen. Sie können ja nicht einmal ihren Einbürgerungsschein erhalten, wenn es der Gesellschaft nicht paßt; sie werden nur mitgezählt, wenn der Aufseher es gestattet. Wie wollen Sie ohne Gewerkschaft etwas austrichten?“

Hal erschien dies als ein neues Argument: „Das ist etwas, das den Leuten noch nicht klar geworden ist: Menschen müssen sich organisieren, um ihre gesetzlichen Rechte erhalten zu können!“

Der andere warf mit komischer Gebärde die Hände hoch: „Mein Gott! Wenn Sie eine Liste der Dinge aufstellen wollen, die der Allgemeinheit über die Grubenarbeiter nicht klar sind!“ (Fortsetzung folgt.)

Kameraden!

Wir machen darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Dezember 1932 die für das Jahr 1932 geltenden Beitragsmarken ihre Gültigkeit verlieren und eingezogen werden. Alle Mitglieder sind deshalb verpflichtet, die für das Jahr 1932 fälligen Beiträge bis zum Ablauf des Jahres zu zahlen, damit am Jahreschluß keine Restanten vorhanden sind. Die Ortsverwaltungen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die für das Jahr 1932 bestimmten Beitragsmarken über den 31. Dezember 1932 hinaus unter keinen Umständen zurückgehalten und verwandt werden dürfen, da für 1933 andersfarbige Marken zur Verwendung kommen. Serener bitten wir zu beachten, daß für das Jahr 1932 53 Beitragsmarken geklebt werden müssen.

Bekämpfen die Kommunisten das Kapital?

Der kommunistische Verbandstag und seine Parolen.

Zu Anfang Dezember hielt der kommunistische Bergarbeiterverband, der sogenannte Einheitsverband, seinen zweiten Verbandstag in Essen ab. Da es auf unseren Verbandstagen selbstverständlich ist, daß der Vorstand einen eingehenden Geschäfts- und Tätigkeitsbericht erstattet, durfte man von dem kommunistischen Verbandstag ähnliches erwarten. Zumindest durfte man annehmen, daß die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen über ihre Erfolge, über den riesigen Mitgliederzuwachs, über Einnahmen und Ausgaben berichten würden. Denn nicht an radikalen Phrasen, sondern nur an praktischen Taten können die Bergarbeiter die Ueberlegenheit der kommunistischen Gewerkschaftspolitik erkennen.

Doch weit gefehlt! Anstatt den Delegierten einen Tätigkeitsbericht zu erstatten und die Erfolge der kommunistischen Gewerkschaftsstrategie darzulegen, beschränkten sich die Veranstalter auf hohles Phrasengeplätsch und die übliche Hege gegen die Gewerkschaften. Aus dem kommunistischen Zeitungsbericht seien nur folgende Kostproben festgehalten:

„In einem großen Referat zeigte Kamerad Agg, Mitglied des Hauptvorstandes, die Lohnabbauaffäre der Unternehmer in den einzelnen Bergbaubezirken und Betrieben und die niederträchtigen Betrugsmanöver der Gewerkschaftsbürokratie auf.“

Also nicht die eigenen Leistungen, sondern das „Betrugsmanöver der Gewerkschaftsbürokratie“ war der Inhalt des großangelegten Referats auf dem kommunistischen Verbandstag. Dementsprechend wendet sich die auf dem Verbandstag angenommene Entschließung auch nicht gegen die kapitalistische Ausbeutung und Mißwirtschaft, sondern gegen die Gewerkschaften! Es heißt darin:

„Die reformistischen und christlichen Bergarbeiterführer sehen ihre Politik der praktischen Hilfeleistung für die Grubenbarone zur Durchführung der Lohnraubangriffe fort. Ihre bergarbeiterfeindliche Politik suchen sie mit radikalen Phrasen und Manövern zu vertuschen, um so besser betrügen zu können.“

In dieser Linie der Betrugsmanöver liegen auch die von der Husmannbürokratie durchgeführte Bergarbeiterkundgebungen am 4. Dezember.

Der zweite Verbandstag des Einheitsverbandes ruft deshalb allen Bergarbeitern zu: Kameraden! Kein Funken Vertrauen diesen Bergarbeiterführern!

Der kommunistische Kampfesruf gilt also nicht dem Kapitalismus, sondern gipfelt darin, Mißtrauen gegen die bewährten Bergarbeitergewerkschaften zu säen. Das ist ein arbeiterfeindliches Handwerk, das die bezahlten kapitalistischen Agenten, die Unternehmern und die Gelben und Ragen schon hauptamtlich betreiben. Daß die „revolutionären“ Kommunisten nichts Besseres zu tun wissen, als in das gleiche Horn zu tuken und ihre Verbandstage dazu benutzen, um die Bergarbeiter vor einem Vertrauen zu den führenden Bergarbeiterorganisationen zu warnen, zeigt, wie läglich die Rolle dieser „Klassenkämpfer“ ist. Eigene Leistungen und Erfolge haben sie nicht aufzuweisen, darum schimpfen sie um so mehr auf die anderen. Und so etwas nennt sich revolutionäre Arbeiterpolitik!

Warum Ali-Spitama für Papen eine Träne zerdrückt?

Seit Gründung des neuen Deutschen Reiches ist noch nie ein Kanzler aus dem Amte geschieden, dessen Abgang von so wenig Deutschen bedauert wurde wie der Abgang des Franz von Papen. Der Beifall der Menge blieb ihm trotz eifrigster Rundfunkprederei versagt. Es wird ihm deshalb vielleicht zum schwachen Trost gereichen, wenn er vernommen wird, das Spitalma mit der anrührenden Augensalbe des Orients ihm einen Vorbeertanz windet und Tränen ob seines Ausscheidens vergießt. Schreibt er doch in seiner Abhandlung „Ali“, die in der Nr. 290 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 10. Dezember 1932 erschienen ist:

„Das Kabinett von Papen bedeutete einen Einbruch in die Scheuklappenwirtschaft, die uns ins tiefste Elend gebracht hat. Herr von Papen kam ohne die obligaten Scheuklappen und versuchte mützig, die unter jahrelanger Mißhandlung fast zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufzurichten und die Wirtschaftspolitik den inneren Gesetzen des Wirtschaftslebens gemäß in alte bewährte Bahnen umzuleiten.“

„Wie sehen denn die alten bewährten Bahnen aus?“ — wird mancher Leser der „Bergbau-Industrie“ fragen. Nun, eine davon soll hier aufgezeigt werden: Unter anderem hat Franz von Papen auch eine Verordnung herausgebracht, nach der die deutschen Unternehmer Steuerzuschüsse für Mehreinstellungen von Arbeitnehmern erhalten. An und für sich ist das Bestreben, die Arbeitslosen wieder in die Betriebe zu bringen, ein löbliches Beginnen. Die Art und Weise aber, wie Franz von Papen die Sache aufgezogen hat, ist jedoch geeignet, wohl den Unternehmern auf Kosten der Allgemeinheit Vorteile, nicht aber den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Als Beispiel mögen Vorgänge im Ruhrgebiet dienen:

Um der Knappschaft Beiträge für einen Teil der Beschäftigten vorzuenthalten, haben einige Bergbauunternehmer die Ausführung von Arbeiten in ihrem Betriebe gewissen Zwischenunternehmern übertragen. Sie konnten dadurch erreichen, daß solche Unternehmerarbeiter nicht als Knappschaftsverpflichtete Arbeiter gelten durften. Die Beiträge zur Knappschaftspensionsversicherung hatten sie in diesen Fällen gepart. Nach außen hin

begründeten sie die Ueberlassung der Arbeiten an Zwischenunternehmer damit, daß sie erklärten, die Zwischenunternehmer könnten diese Arbeiten besser als sie selbst durchführen lassen, weil sie die Zahl ihrer Arbeiter leichter nach Bedarf vergrößern oder verkleinern könnten.

Als die Notverordnung des Franz von Papen herauskam, konnten die Zwischenunternehmer mancher Schachttanlagen „Wustlöcher staunen“. Sie waren plötzlich bei ihren Gönnern unbeliebt geworden. Einem nach dem andern wurden die Arbeiten entzogen. Sie waren gezwungen, ihre Leute zu entlassen und sie der Fürsorge der Arbeitslosenversicherung zu überantworten. Doch noch mehr staunten sie, als sie sehen mußten, daß die Arbeiten, die früher von den Zwischenunternehmerarbeitern verrichtet wurden, nunmehr die Bechen durch neugeinstellte eigene Arbeiter verrichten ließen.

Der Zweck der Uebung war, den Bergbauunternehmern zu Steuergutschriften bis 400 Mark im Jahre für einen Arbeiter zu verhelfen, obgleich im Grunde genommen kein Arbeitsloser mehr in den Betrieb hineinkam. Diese Art Bahnen zur ungerichtfertigen Bereicherung der Wirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit zu beschreiben, hat Franz von Papen ermöglicht. Spitama nennt sie die „alten bewährten“. Ja, ja, dergleichen „bewährte alte Bahnen“ werden die Notverordnungen der letzten Zeit sicher noch mehr enthalten. Nicht umsonst stimmt also Spitama wegen des Abganges Franz von Papens sein Klageleid so tief!

Wer den Artikel Spitamas aufmerksam gelesen hat, dem werden unwillkürlich die Dichterworte eingefallen sein: „Spottet keiner selbst und weiß nicht wie!“ Gibt es einen größeren Nabelschmerz als Spitama? Nein! Er starrt nur immer auf den einzigen Fleck, wo Unternehmerinteressen sich verdichten und weiß nicht, wie man die Erscheinungen der Zeit auch anders deuten kann. Die Scheuklappen, die er trägt, stehen mindestens mit einem halben Meter nach jeder Seite vor. Also, Nabelschmerz Ali: faß dich an deine eigene Nase, selbst wenn es dir wegen besagter Scheuklappen nicht ohne weiteres möglich sein sollte! Kumpel!

Staatszuschuß statt Rentenabbau.

Forderungen der Arbeitnehmer in der Saarknappschaft.

In der Sitzung des Knappschafts-Vorstandes am 15. Dezember erstattete die Verwaltung Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der Regierungskommission über Einführung der deutschen Notverordnung betreffend Invalidenversicherung im Saargebiet. Nach diesem Bericht fanden am 19. Dezember Verhandlungen zwischen Reichs- und Saar-Regierung statt, über deren Ergebnis wir später noch berichten werden. Zu der Gelegenheit selbst gaben die Arbeitnehmervertreter im Vorstand folgende Erklärung ab:

„Das Vorhaben der Regierungskommission, im Anfang des nächsten Jahres den Bestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 auch im Saargebiet Gesetzkraft zu verleihen, können wir unter keinen Umständen anerkennen und billigen.“

Die Regierungskommission hat in keiner Weise die Voraussetzungen geschaffen, die eine Verminderung der Bezüge der Invalidenrenten rechtfertigen könnten.

Es dürfte als erwiesen gelten, daß die Versicherungsträger im Saargebiet finanziell derart gut fundiert sind, daß die Weiterzahlung der bisherigen Bezüge keine Gefährdung für deren Klassen bedeutet.

Eine Ausnahme hiervon macht die Invalidenversicherungskasse der Saarknappschaft. Die starke Inanspruchnahme dieser Kasse ist in erster Linie bedingt durch die Krise im Saargebiet, wofür die Knappschaftsmitglieder sicher kein Verschulden trifft.

Es ist sicher, daß taulende knappschaftliche Rentenbezieher noch in lohnbringendem Erwerb ständen, wenn sie nicht infolge Arbeitsmangels aus ihrer Berufstätigkeit entlassen worden wären. Durch die Gewährung der knappschaftlichen Pensions- und Rentenbezüge ist die Erwerbsloosensfürsorge wesentlich entlastet worden. Eine weitere bedeutsame Entlastung erfährt die Erwerbsloosensfürsorge durch die Verkäuflichkeit der Bestimmungen betr. Kurzarbeiterfürsorge, wodurch die aktiven Knappschaftsmitglieder, die noch im aktiven Arbeitsverhältnis stehen, nicht in den Genuß der Kurzarbeiterunterstützung kommen konnten.

Diese recht erheblichen Ersparnisse dürften der Regierungskommission genügend Anlaß sein, um durch Gewährung einer angemessenen Beihilfe die Knappschaftskassen der Saarbergarbeiter in Ordnung zu halten.

Wir beantragen daher, daß die Verwaltung der Saarknappschaft unverzüglich mit der Regierungskommission ins Benehmen tritt zwecks Herabgabe eines angemessenen Zuschusses.“

Ein lehrreicher Rentenstreit.

Der Elektriker Heinrich Jördens aus Groß-Freden im Bezirk Hannover verlor durch einen Betriebsunfall die Sehkraft des linken Auges. Als Unfallrente bekam er seit April 1923 eine Entschädigung von 20 Prozent zugesprochen. Da durch die Notverordnung vom Dezember 1931 alle Unfallrenten von 20 Prozent und darunter gestrichen wurden, erhielt auch Jördens ab 1. Januar 1932 die Rente nicht mehr.

Auf diesen Bescheid hin machte unsere Bezirksleitung Hannover eine Eingabe an die Knappschaftsberufsgenossenschaft und beantragte, die Rente weiter zu gewähren. Begründet wurde die Eingabe damit, daß der Entzug zweifellos eine unbillige Härte bedeute und bisher beim Verlust der Sehkraft des linken Auges im allgemeinen eine Rente von 25 und mehr Prozent gewährt worden sei. Zum Beweis für die unbillige Härte wurde nachgemessen, daß J. auf Grund der Unfallfolgen mehrmals seine Arbeit aufgeben mußte und daß man als Rückbildungsgrund stets die geschwächte Sehkraft angab. In der Eingabe unserer Bezirksleitung wurde deshalb darauf hingewiesen, daß J. nichts unversucht gelassen habe, um Arbeit zu bekommen und diese zu behalten, er aber durch die stark herabgeminderte Sehkraft immer wieder zur Erwerbslosigkeit verurteilt worden sei. Außerdem wurde von uns geltend gemacht, daß sich J. mit der 20prozentigen Unfallrente damals abgefunden habe, weil er nicht voraussehen konnte, welche Nachteile ihm aus dem Unfall erwachsen würden. Schließlich wurde erwähnt, daß uns kein Fall bekannt sei, wo bei völliger Erblindung des linken Auges eine Dauerrente unter 25 Prozent gewährt wurde.

Auf unseren Antrag bekamen wir von der Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion III in Clausthal-Zellerfeld zunächst ein Schreiben, in dem wir um den Nachweis ersucht wurden, daß eine erhebliche Verschlimmerung der Unfallfolgen eingetreten und dadurch die Erwerbsfähigkeit gemindert worden sei. Demgegenüber machten wir geltend, daß ein einmal erblindetes Auge sich nicht weiter verschlimmern könne. Daraufhin wurde uns von der Sektion im August mitgeteilt, daß die Angelegenheit als erledigt (abgewiesen) zu betrachten sei.

Auf diesen Bescheid hin wandten wir uns an das Reichsversicherungsamt, das uns unterm 25. November mitteilte, daß dem unfallverletzten Jördens ab 1. Januar 1933 eine Dauerrente von 25 Prozent bewilligt und die Sektion zur Nachzahlung ab 1. Januar 1932 angewiesen sei.

Damit hat ein Unfallrentenstreit mit Hilfe des Verbandes ein Ende gefunden, der besonders für diejenigen Kameraden beachtenswert sein dürfte, die mit ähnlichen Unfallfolgen und Benachteiligungen zu rechnen haben.

Bezirk Aachen.

Immer noch Entlassungen!

Kürzlich kursierten durch die Presse Mitteilungen, wonach die Verwaltung der Aktiengesellschaft Zukunft in Weisweiler beabsichtige, 220 Arbeiter aus ihrem Abraum- und Grubenbetrieb sowie auch aus der Zentralfabrik zu entlassen. Der Betriebsrat hat sich gleich damit beschäftigt und es fand die Hauptverhandlung, angeleitet durch die Demobilisationsbehörde, am 13. Dezember im Verwaltungsgebäude der AG. Zukunft statt. Der Entlassungsantrag datiert vom 1. Dezember und fordert die Zustimmung zur Entlassung von 100 Arbeitern am 29. Dez. 1932 und von weiteren 120 Arbeitern am 4. Februar 1933.

Die Vertreter der Gewerkschaften wie auch der Betriebsrat stellten sich auf den Standpunkt, daß die Entlassungen verhindert werden könnten entweder durch Verkürzung der Arbeitszeit auf generell 7 Stunden für alle Arbeiter oder durch Einführung des Krümpersystems, und zwar für den Gesamtbetrieb der Biag in Weisweiler, d. h. für Tagebau, Bricketfabrik und Kraftwerk. Gegenwärtig sind insgesamt 1000 Arbeiter auf dem Werk beschäftigt. Würde man mit 100 Mann krümpern, dann könnten die Arbeiter neun Monate arbeiten und einen Monat aussetzen. Wenn allerdings 200 oder 220 Mann, die ja entlassen werden sollen, krümperten, dann würde diese Zeit naturgemäß herabgesetzt auf viereinhalb bzw. vier Arbeitsmonate und einen Krümpmonat. Die Arbeitervertreter gingen von dem Grundsatz aus, den Arbeitern zumindest den Arbeitslohn zu erhalten. Die Betriebsleitung, vertreten durch ihre Direktoren, lehnte die Durchführung einer verkürzten Schichtzeit und auch das Krümpersystem mit aller Entschiedenheit ab. Die letzte Entscheidung liegt jetzt bei der Demobilisationsbehörde.

Die Kommunisten riefen mit einem Flugblatt, das sie an den Werkstoren verteilten, zum Streik auf und beschimpften diejenigen, die gewillt waren, für alle Werksarbeiter einen gerechten und tragbaren Ausgleich zu finden. Das ist kommunistische Taktik, die den Arbeitern nichts nützt, sondern sie nur schädigt!

Ruhrrevier.

Spiel mit Menschenleben.

Auf der Zeche Pluto Wilhelm ereignete sich am 7. Dez. 1932 ein tödlicher Unfall. Im Revier 2 des Flözes 29 trieb man auf Ort 2 eine Ortsstrecke vor. Da das darüber liegende Flöz 28 nur durch ein 2 Meter mächtiges Bergemittel getrennt ist, mußte sehr vorsichtig gearbeitet werden. Die Kohलगewinnung geschah bis zum Unglückstage durch Abbauhämmer. Die Grubenverwaltung wollte dort aber absolut eine Schrämmaschine in Betrieb setzen. Die Belegschaft widersprach aus sicherheitlichen Gründen.

Gegen den Willen der Belegschaft wurde am Unglückstage eine Schrämmaschine angehebt unter Aufsicht des Grubeninspektors Borgmann und des Assessors von Vellen. Man hatte bereits das halbe Ort abgefahren, als das hangende bzw. das Bergemittel hereinbrach und einen Hauer tötete.

Bei der Unfalluntersuchung konnte man keine Schuld feststellen und hat das „Unglück“ wahrscheinlich auf die Gefahr des

Betriebes gebucht. Demgegenüber kann man anderer Ansicht sein und die Schuld auf die Unvernunft der Verwaltung zurückführen, die hier die Bedenken der Belegschaft unbeachtet ließ.

Der „Schwarze Löwe“ droht!

Die jahrelange Heße, die von der kapitalistischen Presse gegen alle Vertreter der Arbeiter geübt wurde, die irgendein Amt bekleiden haben, hat zum Teil auch auf gewisse Teile der Arbeiterschaft abgefärbt.

Herrn Dr. Melnen „Hamborn d. 2. 12. 32.“

Wir beantragen daß der Knappschaffs Veltste Trautmann von hier dem sein Amt weggenommen wird der ist doppelverdiener. Der ist verunglückt und nun minderwertig aber bestimmt muß das geschehn sonst müssen wir den Keel selbst weg tun.

Es wird vermutet, daß unter dem Deckmantel des „Schwarzen Löwen“ sich besonders knallrot gebärdende Heiden verbergen. Doch sei ihnen hier gesagt, daß die Verbandsfunktionäre sich weder von schwarzen, noch von knallroten oder gelben Löwen ins Bockshorn jagen lassen, sondern ihre Tätigkeit stets im Interesse der Bergarbeiter so lange wahrnehmen werden, als sie das Vertrauen ihrer Kameraden besitzen.

Kommunistische Lügereien.

Die kommunistische Ruhrpresse veröffentlicht in letzter Zeit regelmäßig Entschuldigungen, nach denen die Mitglieder des Verbandes gegen die Taktik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, gegen die Führung des Verbandes protestieren und Sympathien für die RPD. und den GWD. bezeigen sollen.

Irreführende Unfallziffern der Saarbergbehörde.

Beim Durchprüfen der Saar-Unfallstatistik stießen wir auf Widersprüche, die klar erkennen lassen, daß zwischen den preussischen und den Saarstatistiken Differenzen in der Grundlage vorhanden sein müssen.

Schon das Zitieren der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen“ und das angeführte Zitat lassen die Tätigkeit der Saar-Bergbehörde in einem eigenartigen Zwiwielicht erscheinen. Es wird der Begriff „Belegschaft“ aus Band 79 (Jahrgang 1930) zitiert. In den Bänden 72 bis 74 (Jahrgänge 1923 bis 1925) lautet aber der Begriff folgendermaßen:

„6. Die „Belegschaft“ umfaßt die „technischen Beamten“ und die „Vollarbeiter“. Die Zahlen sind nach den Bestimmungen für die Produktionsstatistik der bergbaulichen Betriebe und für die Bergarbeiterlohnstatistik ermittelt. (Erlasse vom 15. Januar 1913 und 12. Februar 1921, U. S. 181 des Jahrgangs 1912 und U. S. 25 des Jahrgangs 1921 dieser Zeitschrift.)

Im Wortlaut der beiden Begriffserklärungen besteht doch ein großer Unterschied, der doch auch den Saar-Franzosen hätte auffallen und den Verdacht, daß man sich auf falschem Wege befindet, hätte aufkommen lassen müssen.

In Preußen gibt es verschiedene Errechnungsarten der Belegschafts- bzw. Arbeiterzahl, die zu verschiedenen Zwecken benötigt werden (z. B. für die Produktions- oder die Unfallstatistik). Wir wollen nachfolgend an Hand amtlicher Ziffern die Berech-

H. Jochmann 25 Jahre Bezirksleiter.

Unter Bezirksleiter in Köln, Kamerad H. Jochmann, kann am 1. Januar 1933 auf ein 25jähriges Dienstjubiläum als Angestellter unseres Verbandes zurückblicken. Im Jahre 1868 im niederländischen Hungerland geboren, ergriff er im 16. Lebensjahre den Bergmannsberuf.

Diese kurzen Daten zeigen, daß Kamerad Jochmann auf ein arbeitsreiches Leben zurückblicken kann und wir sicherlich im Namen unserer Mitglieder und Funktionäre handeln, wenn wir unserem Jubilar auf diesem Wege die besten Glückwünsche entbieten und der Hoffnung Ausdruck geben, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, in voller Gesundheit unter uns zu verweilen.

nungsarten demonstrieren. Die Ziffern entnehmen wir der Produktionsstatistik des Oberbergamts in Dortmund für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, 1. Quartal 1932 (für dieses Quartal stehen uns auch einigermaßen vergleichbare Ziffern aus dem Saargebiet zur Verfügung). Danach betrug die Zahl der „Arbeitstage“ im Berichtsquartal 74,4 (die Bruchzahl ergibt sich aus den kirchlichen oder ähnlichen Feiertagen, die stichweise gefeiert oder nicht gefeiert werden).

Wir haben diese Berechnung auch deshalb vorgenommen, um zu zeigen, welche große Unterschiede zwischen den verschiedenen Belegschaftsziffern auftreten. Sie betragen z. B. zwischen angelegter Belegschaft und Vollarbeitern bis zu 25 Prozent. Nimmt man aber zur Feststellung der Verhältniszahl die niedrigere „Vollarbeiter“-Belegschaft, so bekommt man naturgemäß eine höhere Unfallverhältniszahl auf 1000 Mann und umgekehrt eine viel niedrigere, wenn man die angelegte zugrunde legt.

Die Saar-Franzosen haben den Begriff „Arbeitstag“ falsch verstanden. In Preußen ist ein solcher ein Werktag, oder besser gesagt, jeder Wochentag, auf den kein gesetzlicher oder kirchlicher Feiertag fällt. Die Franzosen löschen dagegen jeden Wochentag als solchen, wenn die Gruben oder auch einzelne von ihnen infolge Abzugs mangels oder aus anderen Gründen nicht arbeiten konnten.

Gustav Robert tot!

Am 18. Dezember starb der Kamerad Gustav Robert aus Aßcherleben. Der Verstorbene gehörte über 30 Jahre unserem Verbands an und leitete seit 1920 unsere Geschäftsstelle in Aßcherleben. Auf diesem Posten hat er die Organisation gefestigt und aufwärts geführt.

ist. Zufällig trifft aber — wie wir nachträglich feststellten — dieses Beispiel die im Saargebiet herrschenden falschen Berechnungen fast hundertprozentig richtig.

Nach der „Saar-Wirtschaftszeitung“ gab es im 1. Quartal 1932 im Saargebiet nur folgende Arbeitstage: Januar 17,09, Februar 16,64, März 17,75, zusammen 51,84. Diese Zahl stelle man die von uns oben angeführte aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die für dieses Quartal 74,4 betrug gegenüber. Die Differenz ergibt sich aus der falschen Errechnungsweise im Saargebiet.

Wenn die Zahlen und Worte des Saar-Oberbergamts einen Sinn haben, dann teilt man dort alle verfahrenen Schichten durch die falsche Zahl der Arbeitstage und kommt dadurch zu einer Phantasiebelegschaft, die wesentlich höher ist als die Zahl der vorhandenen Bergarbeiter. Für das 1. Quartal 1932 hat man z. B. rund 54 600 Mann Belegschaft zugrunde gelegt, diese zu 1296 Unfällen verglichen und dadurch 23,7 Unfälle auf 1000 Mann bekommen. Wie falsch und widersinnig diese Rechnung ist, beweist dieses Oberbergamt selbst in seinen „Statistischen Auskünften über die Saargruben“.

Damit ist festgestellt, daß die ganze Berechtigung falsch und unberechtigt ist. Das Saar-Oberbergamt sollte, was dringend notwendig ist, zuerst bei sich selbst berichtigen. Wir konnten auch nur ahnen, daß man die Vorkriegsziffer des Saargebiets (Ziff. 2 letzter Abzug der Berechtigung), die auf Vollbelegschaft berechnet ist, mit der bayerischen, die man auf angelegte Belegschaft errechnet, vermischt hat.

Was die erwähnte Berechnung auf eine Million Schichten (Ziff. 4 der Berechtigung) anbetrifft, so ist diese zwar löblich, aber zu internationalen Vergleichen auch nicht vollkommen geeignet, weil erstens andere Länder ebenbürtige Ziffern kaum führen und weil ferner die Schichtdauer in den Ländern sehr unterschiedlich ist.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Das Saar-Oberbergamt müßte gut, wenn es seine Grundlagen der Statistiken bekanntgeben würde, wie es die Preußen in ihren Anmerkungen tun. Bei Durchsicht der Saarstatistiken findet man nämlich ein unverständliches Durcheinander und Nebeneinander. Begriffe, wie „Auskünfte für die Saargruben“, Zahlen „der französischen Grubenverwaltung“ u. a. m. sind durcheinandergemischt. Dasselbe Durcheinander der Begriffe ist auch in der „Saar-Wirtschaftszeitung“. Vergleiche der Angaben beider Quellen sind auch unmöglich.

Raubwirtschaft im polnischen Bergbau. Eine Richtigstellung.

In der vorigen Nummer unserer Zeitung brachten wir einen Artikel mit gleicher Überschrift, in dem die Steinkohlenproduktion für Deutschland im Jahre 1931 mit 172 Mill. To. und die Steinkohlenausfuhr mit 37 Mill. To. angegeben war. Dieser Irrtum beruht auf einer Zeilenverwechslung. Die richtigen Zahlen, die also nur vertauscht wurden, lauten: Steinkohlenproduktion 1931 in Deutschland: 118 640 000 To., Ausfuhr: 30 154 000 To.

UNSERE TOTEN

Bochum 7. Karl Sammel, seit 1918 Mitglied. — Planitz-N. Kurt Reinhold, seit 1918 Mitglied. — Edersbach, Wilhelm Drejer, seit 1898 Mitglied. — Johann Böhrer, seit 1929 Mitglied. — Ehre ihrem Andenken!

Knappschaffsältestenkommission Dortmund-Hamm. Sonntag, den 8. Januar 1933, morgens 9.30 Uhr, im Volkshaus in Dortmund: Quartalsversammlung. Sämtliche Ältesten, Außenbeamten und Bezirksvertreter unseres Verbandes nehmen an der Versammlung teil. Mitgliedsbücherekontrolle findet statt!

Solidarität durch die Tat! Nur die wahrhaften Qualitäts-Produkte. Marke GEG aus einem Konsumverein!

Billigste neue Gänsefedern. mit Damen, doppelt gereinigt, Pfd. 2,40, beste 2,90, Halbdam. 3,50, Edel 4,00. Konkurrenzlos. G. Garantiertein f. 3 Jahre. Gute Zahneisen nur 1,160.

Laubsägerei. Liste umfasst: L. Strobel, Buxdorf 35 (Pfalz). Gummischutz für den Stimmzettel. Käse billiger! Gummi.

Aus der Tiefe. Bergarbeiter-Gedichte und -Lieder von Heinrich Kämpchen. Der Band enthält die besten Gedichte der seit Jahren vergriffenen dreibändigen Ausgabe sowie einen Teil noch nicht veröffentlichter Gedichte und Lieder. Unsere Mitglieder erhalten dieses vorzügliche Werk für nur M. 1.20. Zu beziehen durch die Verbandsbuchhandlung B. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42.

Achtung! Gesucht sofort noch christliche Personen für leichte Dauerbeschäftigung im Hause gegen gute Bezahlung. Kostenvollständige Auskunft erteilt Deutsche Textildruckerei, Bln.-Halensee 180, Lief.-v. Behörden.

Keine Bazillen mehr. Sächsische Bettfedern. Fabr. P. Meyer, Delitzsch 79, Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4. Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen. Ferner prima BETT-INLETT. Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Preis- und Preisliste unsonst und portofrei.